

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

197 (25.8.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: 1. halbjährlich 1,25 M.; vierteljährlich 0,75 M.; abgeholt monatlich 0,25 M.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.
 Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.
 Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 S. Volatinsrate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm. für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Anträge an den Parteitag in Jena 1913.

Tagesordnung des Parteitags.
 13. 16. Sächs. Wahlkreis, München I und II, Hamburg II, Weimar, Breslau, Forstheim: „Der Parteitag möge beschließen, die staatliche Arbeitslosenfürsorge auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen.“

Halle a. S., Bodum, Krefeld: „Der Parteitag möge die Massenstreikfrage behandeln.“

Kennep-Remscheid-Wettmann: „Auf die Tagesordnung des deutschen Parteitags ist zu setzen: „Der Landtagswahlkampf in Preußen, und welche Mittel sind in Anwendung zu bringen, um ein Wahlrecht zu erringen, das dem Volkswillen und den demokratischen Grundgedanken entspricht?“

Höln a. Rh.: „Auf die Tagesordnung zu setzen: Die preussische Wahlrechtsfrage und der politische Massenstreik.“

Agitation.

Magdeburg: „Angesichts der immer drohender auftretenden Zeichen der beginnenden Wirtschaftskrise, die eine massenhafte Beschäftigungslosigkeit und infolgedessen unbegrenztes Massenelend zur Folge hat, das durch die der Sozialpolitik geschuldete allgemeine Teuerung noch verschlimmert wird; angesichts ferner der empfindlichen Unfähigkeit der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltungen gegen diese die Arbeiterklasse bedrohenden Gefahren möge der Parteitag beschließen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen eine nachhaltige Massenbewegung zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuleiten.“

Kottbus-Spremberg: „Da die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg zeitig haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erhebung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik in die Wege zu leiten.“

Hamburg: „Es soll eine Studienkommission eingesetzt werden, die sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen hat. Die Ergebnisse sind dem nächsten Parteitag zu unterbreiten.“

Hinsberg i. Pr.: „Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgaben heranzuziehen.“

20. Sächs. Wahlkreis: „Der Parteitag möge beschließen, mehr Wanderlehrer in der Partei für Bildungs- und Unterrichtsarbeit einzustellen.“

Spanau: „In Anbetracht dessen, daß die herrschende Klasse unter Zuhilfenahme aller ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die denkbar größte Anstrengung macht, um die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen, erscheint es notwendig, daß die Partei mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Aufklärung der weiblichen Jugend richtet. Der Parteitag fordert deshalb den Parteivorstand auf, die Aufklärung der weiblichen Jugend über den künftigen Beruf als Mütter und Erziehenden ihrer Kinder im sozialdemokratischen Sinne vorzubereiten.“

Halle a. S.: „Der Jenaer Parteitag von 1913 bestätigt die Parteitagbeschlüsse von 1905 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen. Er erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtorganisation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreikaktion zielicher und erfolgreich zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats durchzuführen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweicht, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Cassel-Melsungen: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Cassel-Melsungen ist angesichts des völlig unbefriedigenden Ausfalls der letzten Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus mehr denn je der Meinung, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erstrebt werden muß.“

Als solche Mittel sind anzusehen: Stärkung unserer Organisation durch Ausbau sowie Bildung unserer Mitglieder, Aufklärung der Massen durch Verbreitung von Flugblättern bei besonders wichtigen preussischen Anlässen, Veranstaltung von Demonstrationen, Straßendemonstrationen, parlamentarischen Aktionen unserer Reichs- und Landtagsfraktionen, selbständig und in Verbindung mit den linksstehenden Parteien, stärkere Beteiligung an den künftigen Landtagswahlen, gleichviel, unter welchen Bedingungen diese stattfinden, Bildung eines besonderen preussischen Wahlrechtsfonds.

Die Generalversammlung ist der Meinung, daß alle diese Mittel erneut und viel systematischer als bisher zur Anwendung

*) Nach der Veränderung des Organisationsstatuts durch den Chemnitzer Parteitag werden nur noch „Anträge von Parteiorganisationen“ veröffentlicht. Der Parteivorstand.

gebracht werden müssen. Da jedoch damit gerechnet werden muß, daß selbst die volle Erschöpfung aller dieser Mittel nicht zur Erringung des gleichen Preussenvahlrechts führt, erscheint es der Generalversammlung zeitgemäß, über die Anwendung schärferer Kampfmittel zu beraten.

Die Generalversammlung erwartet daher vom Parteitag, daß er beschließt: „Der Parteivorstand und die preussische Landeskommission haben gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu erwägen, ob der von den Parteitag Jena 1905, Mannheim 1906 in die proletarischen Kampfmittel aufgenommene politische Massenstreik bei der Frage des preussischen Wahlrechtskampfes als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden kann.“

Inzwischen ist es Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen, mit verdoppelter Energie für den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Organisationen tätig zu sein, da die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks die denkbar beste politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats zur Voraussetzung hat.“

Hannau: „Die Kreisgeneralversammlung begrüßt die Stimmen im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen und wirtschaftlichen Situation verlangen.“

Die Versammlung hält eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den deutschen Parteitag wie die Organisationen für dringend geboten.“

Hannover: „Der Parteivorstand wird beauftragt, nach jedesmaligem Schluß einer Reichstagsession die in dieser vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen, soweit sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, in Gestalt leichtverständlicher Agitationsbroschüren herauszugeben unter Berücksichtigung der Stellung unserer Fraktion zu den betreffenden Gesetzen. Die Broschüre wird den Wahlkreisorganisationen zum Zwecke der Verteilung gratis zur Verfügung gestellt.“

Der Parteitag beauftragt den Vorstand, eine Broschüre herauszugeben, die den Kampf um die Gesetzesvorlagen und die Deckungsvorlagen behandelt.“

Frankfurt a. M., Würges: „Der Sozialdemokratische Verein zu Frankfurt a. M. bezw. die Kreisgeneralversammlung zu Würges, begrüßt die Stimmung im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen. Eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den Parteitag und die Organisationen ist daher dringend geboten.“

Parlamentarisches.

Magdeburg, Breslau: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg (Breslau) erkennt an, daß die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Besitzsteuern nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm steht, sondern den Bestrebungen der internationalen Kongresse und den Interessen des arbeitenden Volkes entspricht.“

Cassel-Melsungen: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Cassel-Melsungen erklärt:

Der Kampf gegen den kulturellfeindlichen Militarismus, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei Beratung der unehrerhörten Rüstungsvorlagen in der schärfsten Weise geführt hat, darf nicht ruhen, sondern muß von allen Parteigenossen schärfer denn je geführt werden, denn die wahnsinnigen militärischen Rüstungen bedrohen immer mehr den Frieden der Völker, und der Militarismus entkulturiert sich mehr denn je als Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft zur Niederhaltung der nach Freiheit und Kultur strebenden Arbeiterklasse.“

Es ist Pflicht aller Parteigenossen, immer weitere Schichten der Bevölkerung darüber aufzuklären, daß es allein dem riesenhaften Wachstum der Sozialdemokratie zu danken ist, wenn die enormen Kosten der neuesten Rüstungsvorlage nicht wieder durch Steuern auf den Konsum der Massen gedeckt werden, sondern durch direkte Steuern, die im wesentlichen die Wohlhabenden und Reichen treffen.

Durch erhöhte Werbetätigkeit müssen alle Parteigenossen dazu beitragen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den nächsten Wahlen noch viel stärker in den Reichstag wiederkehrt.

Nur dann ist damit zu rechnen, daß der Ausbau der unter Mitarbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geschaffenen Besitzsteuern zu dauernden durchgreifenden Reichseinkommens-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuern erfolgt, die sobald als möglich an Stelle der die ärmeren Volksschichten in der schändlichsten Weise belastenden indirekten Steuern treten müssen.

Die Generalversammlung erkennt an, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre Zustimmung zum Wehrbeitrag und zur Reichsvermögenssteuer, die die Besitzenden belasten, im Interesse des arbeitenden Volkes gehandelt und zur Stärkung des Vertrauens der Massen zur sozialdemokratischen Partei mit Erfolg beigetragen hat.“

Offizielle Landeskongress: „Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen.“

13. Sächs. Wahlkreis: „Die Versammlung billigt aus programmatrischen Gründen die Abstimmung der Reichstagsfraktion für die Steuerentwürfe, die zur Deckung der Militär- und Marineausgaben dienen, nicht; sie erwartet daher vom Parteitag eine dem

Parteiprogramm entsprechende klare und entschiedene Anweisung für die Stellung der Reichstagsfraktion bei künftigen Steuerentwürfen.“

Breslau: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, unerbittlich die Regierung zu veranlassen, Maßnahmen gegen die kapitalistischen Manipulationen zu ergreifen, die heimlich (wie neuerdings Mesothorium) für Volkskrankheiten erheblich verteuern.“

„Die preussische Landtagsfraktion möchte darauf hinwirken, daß die Austritte aus der Landeskirche kostenfrei sind.“

Halle a. S.: „Der Parteitag zu Jena bedauert die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem einmaligen Wehrbeitrag sowie zu dem Vermögenszuwachssteuergesetz als einen Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundsatz, als einen schweren politischen Mißgriff. Er erwartet unbedingt, daß die Anwendung einer besseren Taktik in Zukunft die Fraktion vor ähnlichen Entgleisungen bewahren wird.“

Hamburg I: Die Parteigenossen des 1. Hamburger Wahlkreises sehen in dem Fehlen unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über den von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachten Antrag betreffs Einführung des Proportionalwahlrechts eine schwere Schädigung des parlamentarischen Ansehens der Partei.

Es bleibt bei den Parteigenossen unerfindlich, daß auch bei der notwendig gewordenen zweiten Abstimmung die Genossen in der Fraktion abermals ihre Pflicht nicht erfüllen. Die Parteigenossen des 1. Hamburger Wahlkreises verlangen vom Parteitag, daß derselbe die fehlenden Abgeordneten zur Rechenschaft zieht.“

Hamburg II: „In Anbetracht der Beschlussfähigkeit des Reichstags und der darauf erfolgten Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Proportionalwahl zum Reichstag verurteilt der Parteitag auf das entschiedenste die Nachlässigkeit derjenigen Abgeordneten, die aus nicht erklärlichen Gründen der Abstimmung ferngeblieben sind.“

Gleichzeitig spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß in Zukunft bei allen prinzipiellen Abstimmungen im Reichstage die Fraktion möglichst in ihrer vollen Stärke vertreten sein muß, um dadurch den Interessen ihrer Mandatgeber mehr Rechnung zu tragen.“

Schwarzburg-Sondershausen: „Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, möglichst vollständig anwesend zu sein.“

Schwarzburg-Rudolstadt: „Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Schwarzburg-Rudolstadt: Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben während der Tagung des Reichstags, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollständig zur Stelle zu sein, damit nicht, wie es geschehen, bei sehr wichtigen Abstimmungen durch das Fehlen unserer Vertreter die Vorlage zu Fall kommt.“

Hamburg III: „Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag einen Antrag auf Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts einzubringen. Gleichzeitig ist im ganzen Reich eine lebhaft und intensive Propaganda für diese Programmforderung einzuleiten.“

Nürnberg-Altorf: „Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird eruchtet, bei Beginn der nächsten Session erneut den Antrag auf Einführung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung zu stellen und mit allem Nachdruck für die Durchführung derselben einzutreten.“

Essen: „Der deutsche Parteitag möge beschließen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beauftragt wird, einen Antrag auf Aufhebung der Zwangsimpfung im Reichstage einzubringen.“

München I und II: „Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Laufe der nächsten Reichstagsession einen Antrag auf Verbesserung und Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes einzubringen.“

Es wolle beantragt werden, daß jede Erwerbstätigkeit der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, ohne Unterschied, ob dieses eigene oder fremde Kinder sind, verboten ist. Es soll unberücksichtigt bleiben, ob die Beschäftigung der Kinder im Gewerbe, in der Heimindustrie oder im Potendienst erfolgt.

Das verbesserte, eventuell das bestehende Gesetz wird auf die in der Land- und Forstwirtschaft, sowie die im Boten- und Gefindendienst beschäftigten Kinder ausgedehnt.“

Colmar i. Elz.: „Der Parteitag spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der der erste Schritt zu einer systematischen und direkten Verständigung der europäischen Parlamente erblickt.“

Der Parteitag erwartet, daß die äußerst zahlreiche Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischen Parteien an der Berner Konferenz von dem deutschen Volke ihrer Bedeutung entsprechend als Beweis für die Friedensliebe und den Willen zur Verständigung des französischen Volkes gewürdigt wird. Er hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Elzab-Bohringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern.“ (Schluß folgt.)

öffentlichen Gr...
boten Juden...
die Reichs...
in Schutz...
erklärend...
demokratische...
anderntausend...
u viel bom...
demokratie...
dem Aus...
über das...
beschäftigt...
herrschte...
Vorstellung...
Bund der...
kurzer Zeit...
auch dem...
mittelständ...
höchstem...
der Deut...
war der...
die In...
es doch...
werden...
sein, wenn...
Bruchteilen...
zusammen...
werden...
Ansetzung...
Gegen...
Bund...
schaft zu...
dnis nicht...
te zu er...
Baren...
sache, daß...
verfälscht...
rechts ver...
Häufig...
ollte, das...
rufensten...
Witens...
Frieden...
Auspruch...
stimmigen...
glücklich...
ng nicht...
chen und...
nen, die...
hohes...
Verstärk...
pf des...
L, dann...
als sie...
enn das...
er lange...
Mann...
hen wie...
ne Frau...
danbar...
r diesen...
Senfer...
worden...
sich sel...
doch...
in auf...
ng dar...
Druck...
auf die...
ie und...
n!"; er...
sieht...
e Gut...
Es...
menes...
einem

öffentlichen Lebens vergiftet haben. Wenn man nun endlich die Enghäutigkeit des Papstes singulari quadam und die bischöfliche Interpretation zugefesselt lassen und befolgen wollte, kann es keine Verdächtigungen und Verleumdungen mehr geben, dann ist den christlichen Gewerkschaften die Werbearbeit ebenso erlaubt, wie den andern. Der Streit darf nicht mehr auf religiöses Gebiet hinübergetragen werden.

Dann heißt es weiter: „Wer den Frieden bricht und wieder im alten Gleise mit Verdächtigungen und Verleumdungen fortfährt, und wieder die Arbeiten der Katholiken und der Generalversammlungen hemmt und stört, der bricht den Frieden von Neß, und der wird nach der unzweideutigen Willensäußerung des Neßer Katholikentages zum Gegner im eigenen Lager.“

Die Scharfmacher befehlen!

Im September tritt in Bern eine internationale Arbeiterschutts-Konferenz zusammen, die u. a. über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr und über die gesetzliche Beschränkung der Überarbeit verhandelt wird. Das Reichsamt des Innern wird auf dieser Konferenz vertreten sein. Die Scharfmacher machen bereits gegen die Arbeiten der Konferenz mobil. So erklärt die „Post“ sowohl den größeren Schutz jugendlicher, als auch die Einschränkung der Überarbeit, als mit den Interessen der Industrie unvereinbar und übermittelte dem Staatssekretär folgenden Befehl der Scharfmacher:

„Wöchte der Staatssekretär des Innern seine Vertreter in Bern antreiben, die Vorschläge der internationalen Vereinigung abzulehnen! Wenn ihm hierzu die gekennzeichneten Bedenken bei dem zur Genüge bekannten Uebereifer unserer Regierung in sozialpolitischen Dingen noch keine ausreichende Veranlassung geben sollten, so erscheint die Ablehnung schon im Hinblick auf die Beobachtung, wie in andern Ländern diese Abmachungen gehalten zu werden pflegen, als eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, damit der große Vorsprung, den wir in der Arbeiterschutts-Gesetzgebung schon ohnedies haben, nicht noch weiter zum Nachteil der deutschen Ertragswirtschaft vergrößert wird.“

„Neuheiden“ und „Kraßheiden“.

Der Abg. Erzberger hat es mit seinen konservativen Fremden gründlich verdorben, weil er bei Begründung einer Kundgebung für die Mission, auf dem Neßer Katholikentag gesagt hat:

„Von der Energie der Katholiken wird es abhängen, ob das Gesicht Ostiens ein katholisches oder neuheidnisches wird.“

Entrüstet bemerkt dazu der neuheidnische „Reichsbote“:

„Wenn von katholischer Seite solche — Unberfrorenheiten in die Welt gesetzt und ohne Widerspruch gebildet werden, so darf man sich dort nicht wundern, wenn das evangelische Bewußtsein sich entzweit und auf solche Annäherung und die Frage stellt: Wo ist mehr Heidentum zu finden? In der evangelischen oder in der katholischen Kirche mit ihrem Heiligendienst, Reliquienkult und oft unerhörten, Kraßheidnischen Aberglauben? Vielleicht beantwortet Herr Erzberger uns diese Frage, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Taxilade.“

Wie recht hatte doch Heinrich Heine als er sagte: Und es will mich schier beblöden. . . .“

Zur Nachwahl in Hamburg I. Außer den Konservativen werden auch die Nationalliberalen sich an dem für die bürgerlichen Parteien völlig aussichtslosen Wahlkampf beteiligen. Als ihr Kandidat wird das Mitglied der Bürgerwehr, Rechtsanwalt Burghardt, der Sohn des verstorbenen Hamburger Bürgermeisters, genannt. Die Fortschrittler sind noch nicht schlüssig, ob sie einen eigenen Kandidaten aufstellen sollen.

Reichsgesetzliche Regelung der Armenfursorge. In Stuttgart tritt am 25. September der Kongreß des deutschen Reichstages zusammen.

„Was sie will? Sie sucht ihren Mann, diesen verfluchten Schweinehund! Ich werfe ihn aus dem Hotel heraus, daß ihm alle Knochen im Leibe zerbrechen.“

In Dagmars Mundwinkel kam das dünne graufame Lächeln, wie ein grazioses kleines Schlangchen.

Die konnte lange suchen! Der Mann war zuverlässig aufgehoben.

Es fuhr Axel wie ein scharfer Stich ins Herz. Er hatte das Lächeln gesehen. Hatte er dieses Lächeln nicht schon früher gesehen? Hatte sie nicht so gelächelt, als sie aus Kiel zurückkehrte? Als sie gleichmütig und mit leichtem Hohn vor ihm stand, während er sich den Kopf an einer Steinstufe hätte blutig schlagen mögen, nur um den freisenden Schmerz in seinem Innern zu betäuben. In düstiger Eleganz saß sie neben ihm, in ihrem Lächeln aber war Gemeinheit. War nicht auch Gemeinheit in dieser Eleganz? Lächelte sie etwa über ihn? Er hatte sich unterworfen, obwohl sie aus den Armen eines anderen kam. Fügte sie zum Triumph nun noch den Hohn?

„Was ist da zu lachen?“ sagte er rauh und heiser, während er mühsam den Atem zog.

„Mein Gott — wenn man sich wegen des Klapperkastens in dieser Weise aufregt!“

„Was das für Worte sind!“

Er trommelte nervös an die Scheibe.

„Ihr Mann nennt sie selber so. Ich habe es von der Marie gehört.“

„Die Marie ist kein Vorbild.“

„Was du nicht sagst!“ Dagmar war sehr ironisch.

„Ist sie etwa nach deiner Ansicht eine Vorbild?“

Dagmar lachte kurz, gereizt, höhnisch. (Fortf. folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Das Hof- und Nationaltheater in Mannheim wird am Sonntag, 31. August, mit dem „Sommerabendstraum“ die neue Saison beginnen. Die Aufführung dieses Lustspiels wird Gelegenheit geben, die neue Drehbühne sowie die neue technische Beleuchtungsanlage auf ihre künstlerischen Möglichkeiten hin zu erproben. Glucks 20. Geburtstag wird am 2. September mit einer Neujahrsfeier der „Apollonie“ gefeiert. Die Intendanz beschäftigt im Verlaufe der Spielzeit auch auf die älteren deutschen Dramatiker wie Gräbe und Büchner zurückzugreifen. Zur Aufführung ist „Der Geld vom Wald“ von Herrn. Effig erworben. Der Stoff des Dramas ist der Geschichte des badiischen Landes entnommen.

eins für Armenpflege zusammen, der sich mit der Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung der Armenpflege befassen wird. Dem Kongreß wird die Arbeit eines Ausschusses vorgelegt werden, der die wissenschaftlichen Grundlagen für eine einheitliche deutsche Armenpflege festgestellt hat, und an der Hand dieser Arbeiten sollen nun die Richtlinien für ein Reichs-Armenengesetz entworfen werden. — Gegen die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie ist nichts einzuwenden, ja sie ist sogar eine dringende Notwendigkeit, denn gerade die Armenfürsorge im Deutschen Reich bietet ein höchst buntes Bild, das nur den einen Grundton gemeinsam hat, daß die Fürsorge für die Armen so ziemlich allenthalten ungenügend ist.

Ausland.

Holland.

Ein holländischer Gewaltstreik. Die koloniale Regierung in Niederländisch-Indien hat einen Gewaltstreik begangen, der seinesgleichen sucht. Sie hat den Redakteur des am meisten gelesenen Oppositionsblattes in Indien, des „Bandangor Express“, Herrn Douwes Dekker, einen Neffen des bekannten Dichters und geistigen Revolutionärs Mutatuli, nach der entfernteren und einsam gelegenen kleinen Insel Timor verbannt. Natürlich ist Dekker außerstande, von dort aus sein Tageblatt zu redigieren, und die von ihm geleitete Bewegung der unteren Schichten der indischen Bevölkerung weiter zu führen. Herr Douwes Dekker ist der Sohn eines europäischen Vaters und einer javanischen Mutter und rechnet sich selbst zu den Indiern, deren Ausbeutung durch das europäische Kapital er mit scharfen Worten geißelt. Er ist kein Sozialist, aber sieht doch in der sozialistischen Partei die einzige Kampforganisation für die Befreiung der Kolonie von der holländischen Herrschaft. Als ein Zeichen des Tiefstandes eines Teils des holländischen Liberalismus ist die Tatsache zu verzeichnen, daß das große Amsterdamer liberale Tageblatt „Handelsblad“ die Verbannung Dekkers lebhaft applaudiert.

Rußland.

Die Selbstmorde innerhalb der russischen Jugend. Aus Petersburg wird geschrieben: Daß die Selbstmorde innerhalb der Schuljugend und der Studentenchaft in Rußland bedenklich zunehmen, ist eine schon häufig konstatierte Tatsache. Neuerdings hat die Sanitätsabteilung der zum Unterrichtsministerium gehörigen Schulen darüber einiges statistische Material veröffentlicht, aus dem wir folgendes erfahren: Im Laufe des Jahres 1911 haben 155 Schüler und Studenten sich das Leben genommen und weitere 91 Selbstmordversuche begangen. Von diesen 246 Lebensmüden waren 80 weiblichen Geschlechts. Der Hauptanteil an den Selbstmorden und Selbstmordversuchen fällt auf die sogenannten Mittelschulen, zu denen in Rußland auch die Gymnasien, Realschulen usw. gezählt werden (man kennt in Rußland nur die Begriffe der Elementar-, Mittel- und Hochschule); allein diese Anstalten wiesen 111 Selbstmorde und 77 Selbstmordversuche auf. In den Elementarschulen nahmen sich 20 Schüler und Schülerinnen das Leben, während es bei 30 nur bei Versuchen blieb; die Hochschulen schließlich partizipierten mit 15 Selbstmorden und einem Selbstmordversuch. Welche Jugend gerade dem Selbstmordverfall verfällt, beweisen die Zahlen über das Alter. Die Selbstmorde und Selbstmordversuche verteilen sich danach also: über 21 Jahre 11, 21: 6, 20: 17, 19: 31, 18: 33, 17: 42, 16: 42, 15: 38, 14: 14, 13: 6, 12: 3, 11: 1. Also im Alter bis zu 18 Jahren waren innerhalb der Schuljugend 179 solche Lebensmüde, daß sie nur zum äußersten Mittel des Selbstmordes greifen zu müssen glaubten. Die meisten Anlässe waren eine Konsequenz der allgemeinen Lage, wie Unzufriedenheit mit dem Schulregiment, Lebensüberdruß als Folge der russischen Demoralisation und Vergewaltigung u. a. m. Nur bei 17 dieser Lebensmüden war als Ursache Liebesleid zu konstatieren gewesen. Daran allein kann man sich ein Bild davon machen, was im Innern der enttäuschten russischen Jugend vor sich geht.

Badische Politik.

Der Nachfolger Lenders.

Die Wahl des Zentrumskandidaten in 8. Bad. Reichstagswahlkreis ist immer noch nicht entschieden. Nun erfahren die „Badischen Nachrichten“, daß als Nachfolger Lenders Zigarettenfabrikant Neuhäus aus Schwetzingen in Frage kommen soll, wozu das genannte Blatt bemerkt: Herr Neuhäus, der Millionär ist, und unseres Wissens aus Norddeutschland stammt, besitzt schon längst den Ehrgeiz, nach Berlin zu kommen. Politisch gehört er — im Gegensatz zu dem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Lender — dem extremen Flügel des Zentrums an. Diefem Umstand hat er es wohl auch zu danken, daß er von den außerhalb des Reichstagswahlkreises wohnenden Parteigrößen für diesen Posten ausserkoren wurde. Es ist auffällig, daß das Zentrum keinen Mann im Bezirk gefunden hat, nachdem der 8. Wahlkreis seitler durch einen Mann vertreten war, der Jahrzehntlang inmitten des Bezirks wohnte und mit den Verhältnissen der breitesten Schichten der Bevölkerung innig verwachsen war. Es ist deshalb zu begreifen, daß im „Aber-u. Wähler-Voten“ vom 21. Aug. im Gefühl einer gewissen unsicheren Stimmung zugunsten des offiziell noch nicht bekannt gegebenen Kandidaten eine Vorschub-Kampagne-Kampagne losgelassen wird.

Zentrumskampfweise.

Seit geraumer Zeit sind alle Zentrumsgeschäfte großen und kleinen Kalibers auf die Person des Geh. Hofrat Rebmann eingestellt. Aber so toll wie augenblicklich wurde derselbe noch nicht bombardiert. In einem längeren Kilometerartikel will nun der „Bad. Beobachter“ den Beweis erbringen, daß nicht das Zentrum den politischen Kampf auf das persönliche Gebiet leitet, sondern immer die andern. Zum Beweis dafür schreibt das Blatt:

„Unterjucht aber einmal die Zentrumspreffe — wie das kürzlich geschah — den politischen Mantel des Herrn Geh. Hofrats Rebmann auf seinen roten Auspuß, dann ist gleich Feuer unterm Dach, dann wird „Waiß“ geschrieben über die verderbten Zentrumsblätter, die den „persönlichen Kampf“ nicht lassen können. Das wird uns selbstverständlich nicht abhalten, auch fernerhin zur Rebmannpolitik zu sagen, was im Interesse des badiischen Landes und Volkes gesagt werden muß, wenns sein muß, ohne Umschweife und ohne Rücksicht auf den Geh. Hofrat Rebmann. — Ein hoher Staatsbeamter, dessen Politik einer langjährigen Schonung der Sozialdemokratie gleichkommt, ein hoher Staatsbeamter, der so kurzfristig ist und glaubt, mit der Sozialdemokratie die parlamentarischen Geschäfte in einer Weise erledigen zu können, der Bündnisse mit der Umsturzpartei einget, nicht etwa zur Erreichung eines ganz bestimmten Einzelwerkes (1 Red. d. Volksfr.), sondern

lediglich um die parlamentarische Vertretung weiter Bürgerfreije, dauernd niederzuhalten, ihren Einfluß bis auf ein Minimum beschränken zu können, muß sich wohl oder übel eine Kritik gefallen lassen.“

„Nicht etwa zur Erreichung eines ganz bestimmten Einzelwerkes“ ist nicht schlecht. Damit will das Zentrum jetzt verschämt sein früheres Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in Baden und in Bayern, das man nun einmal weder mit Gottes noch des Teufels Hilfe weglügen kann, entschuldigen. Im übrigen erfährt man aus den obigen Auslassungen, daß das Zentrum den politischen Kampf wirklich nicht persönlich führt. Mit der Zentrums-Journalistik ist es eben schwer zu debattieren. Pfarrer Hansjakob hat deshalb ganz recht, wenn er mit Bezug auf diese meint, daß „darauf nur eine Antwort gehört, welche man kleinen bösen Buben hinter die Ohren und großen bösen Buben auf den Rücken schreibt“.

Ein Appell an die Regierung.

Obgleich die Fälle von spinaler Kinderlähmung zunehmen, hat die badische Regierung es bisher immer noch nicht für notwendig gehalten, schärfere Bestimmungen zu treffen und die Anzeigepflicht einzuführen, die in Preußen und Hessen längst besteht. Auch wiederholtes dringendes Ersuchen aus Arztkreisen war erfolglos. Jetzt wird dem „Seidelb. Tagebl.“ der fast ungläubliche Fall mitgeteilt, daß ein Haus in der Umgebung Seidelbergs, in dem ein Kind an spinaler Kinderlähmung erkrankt war, mit Einquartierung belegt wurde, trotzdem der Hausherr den Sachverhalt vorher bekannt gab. Daß die bössartige Krankheit, die häufig genug die erkrankten Kinder zeitweilig zu Krüppeln macht, immer weiter um sich greift, geht daraus hervor, daß jetzt bereits vom Kaiserstuhlgebiete mehrere Fälle von Lähmungen gemeldet werden, ebenso solche vom Hinterlande bei Wiesloch. Aus dem oben erwähnten Falle erhellet, wie unzureichend die bisherigen Gegenmaßnahmen der Regierung gegen die ansteckende Krankheit sind.

Die neue „Süddeutsche konservativ-korrespondenz“.

Zu der geplanten Herausgabe der „Süddeutschen konservativen Korrespondenz“, die unter Chefredakteur Adam Röder (der frühere Redakteur der eingegangenen „Bad. Landpost“) vom 1. Oktober ab in Karlsruhe zweimal in der Woche erscheinen soll, hat die konservativ „Badische Warte“ eine Mitteilung gebracht, in der gesagt wird, daß die geplante Korrespondenz über die gesamte süddeutsche konservativbewegung in ihren verschiedenen Formen und Strömungen Bericht erstatten werde. Alle rechtsstehenden Gruppen konservativen Charakters würden in dieser Korrespondenz zu Wort kommen. Die Korrespondenz wolle gleichzeitig süddeutschen und norddeutschen Konservatismus einander näher bringen um die Stofkraft des deutschen Gesamtkonservatismus zu erhöhen. Diese Nachricht begleitet die „Badische Warte“ mit einigen empfehlenden Worten, indem sie u. a. schreibt, daß die Meldung über die Herausgabe der konservativen Korrespondenz in den konservativen Kreisen Süddeutschlands sicherlich ein freudiges Echo erwecken werde. Herr Chefredakteur Röder sei anerkanntermaßen einer der bedeutendsten Journalisten, welche die konservativ Partei Deutschlands aufzumeifen habe. Die „Badische Warte“ wünscht dem „bedeutungsvollen Unternehmen“ besten Erfolg und gibt sich der Gewißheit hin, daß es die konservativen Kreise Süddeutschlands für eine Pflicht ansehen werden, den Strömungen Röders jede Förderung zuteil werden zu lassen.

Mit Recht fragt der „Bad. Landesbote“: Wer soll aber in Baden die konservativen Geistesblitze abdrucken? Nun, vielleicht erbarmt sich die Zentrumspreffe.

Jugendbewegung.

Bebel-Fonds für die Jugendbewegung.

Dem „Vorwärts“ ging folgender Aufruf zu: „August Bebel wird heute in Zürich zu Grabe getragen. Die großen Massen der Berliner Parteigenossenchaft können ihrem Vorkämpfer nicht das letzte Geleit geben, sie können die Gefühle der Liebe und Dankbarkeit nicht so zum Ausdruck bringen, wie es bei der Beerdigung Liebfnechts und Singers zur allgemeinen Bewunderung geschah, sie können unterm großen August Bebel keine Opfer bringen.“

Opfer hat Bebel unzählbare der Arbeiterschaft gebracht. Sollte er nicht die Parteigenossen drängen, wenigstens einmal seinem Gedächtnis zu opfern?

Wem sollen diese Opfer zugute kommen?

Der Jugendbewegung!

Kein Glied der Arbeiterbewegung wird so verfolgt wie die Arbeiterjugend, niemand bedarf so wie sie der Fürsorge und Unterstützung der Partei.

Kein Mann ist der Arbeiterjugend, was ihr August Bebel war und ist: Die Idealgestalt des modernen Proletariats.

Wir wollen also einen Bebel-Fonds für die Jugendbewegung gründen! Einen unerschöpflichen Fonds der Liebe und Dankbarkeit für August Bebel.“

Soziale Rundschau.

Fürsorge für verwahrloste Kinder. In den dem Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder gehörigen Anstalten im Enggarten, Hüfingen und Sinsheim waren auf Anfang dieses Jahres 163 Böglinge, darunter 139 Märgsöglinge in Verpflegung. In den beiden letzten Jahren konnten 168 Knaben entlassen werden, von denen bei 143 die Erziehungsergebnisse als einigermaßen befriedigend zu bezeichnen waren. Die Anstalts-erziehung war also bei 85 Prozent der Knaben erfolgreich. Infolge der reichlichen Geldzuwendungen ist es den drei Anstalten gelungen, mit ihren Einnahmen auszukommen. Die Rücksicht auf die gestiegenen Lebensmittelpreise und die Fürsorge für eine ausreichende Verpflegung der Böglinge haben eine kleine Erhöhung der den Pflégeltern zu gewährenden Verpflegungssätze nötig gemacht. Der Verein ist deshalb mehr als je auf die werktätige Unterstützung der Freunde und Gönner seines Erziehungswertes angewiesen.

Zu den Versicherungswahlen. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. Uebergangbestimmungen zur Reichsversicherungsgesetzgebung, vom 11. Juli 1913 und des § 1 Abs. 2 der Verordnung, den Vollaue der Reichsversicherungswahlen

ordnung hinsichtlich der Krankenversicherung betr., vom 2. Juni 1913 werden die nach Nr. 1, 4 und 5 der eingangs genannten Bekanntmachung des Reichsanwalters der obersten Verwaltungsbehörde zuzustehenden Befugnisse den Vorsitzenden der Oberverwaltungsämter mit der Maßgabe übertragen, daß Wahlberechtigten, die nicht in die Wählerliste aufgenommen sind, zur Wahl zugelassen sind, wenn sie in einer alle Mitglieder des Wahlausschusses überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen.

Kommunalpolitik.

i. Bürgerausschüttung in Kriesingen. Die Freitag abend stattgefundene Bürgerausschüttung hatte als Tagesordnung: 1. Verlesung der 1912er Gemeindevoranschläge und 2. Verschiedenes. Zur Verlesung der Rechnungsergebnisse, die in Einnahme 287 690,24 M. und in Ausgabe 283 200,94 M., einen Restenfortsatz für 1913 mit 4360,30 M. aufweisen, wurden keine Bemerkungen gemacht. Das Vermögen der Gemeinde beträgt auf 31. Dezember 1912: 1 979 320,58 M., während die Schulden 93 963,93 M. betragen, sodaß noch ein Reinerwerb von 1 885 356,65 M. verbleibt. Dasselbe hat sich gegen das Vorjahr um 80 615,18 M. vermindert; diese Verminderung ist jedoch nur scheinbar, da die zum Schulhausneubau verwendete Summe bis zu dessen Fertigstellung im Vermögen noch nicht erscheint. Unter „Verschiedenes“ verlas der Bürgermeister 2 Zuschriften von Behörden, die sich mit Gehaltsaufbesserungen von Gemeindebeamten befaßten bzw. solche beantragten. Nach deren Verlesung herrschte im bürgerlichen Lager eifriges Schweigen. H. M. Gen. Hofmann beantwortete als erster Redner eine Gehaltsaufbesserung. Er erinnerte dabei die beiden bürgerlichen Fraktionen an ihr Versprechen, eine Kommission zu bilden, die eine Regelung der Gehälter der Gemeindebeamten vorschlagen sollte.

Schließlich wurde von den Sprechern der konservativ-bürgerlichen Fraktion Karl Ermel und W. Kiefer in Aussicht gestellt, der Sache näher zu treten, während die liberale Fraktion keine Erklärung abgab. Es wurde sodann noch auf Anfrage des V. M. M. Gottl. Priot die in der letzten Sitzung abgelehnte Angelegenheit, Geländeverkauf an die Zellulosefabrik Maxau betreffend, erörtert und dem Bürgerausschuß seitens des Bürgermeisters wird mehrerer Gemeinderäte anbeimgesprochen, den Beschluß der letzten Sitzung einer Revision zu unterziehen, wobei besonders betont wurde, daß aus dem Erlöse fragl. Geländes Sponsoringarbeiten an Baulustige abgegeben werden könnten. Anschließend ist nunmehr Aussicht vorhanden, daß der Verkauf zustande kommt. Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wurde die Sitzung geschlossen.

30. Landesversammlung des Badischen Ratsschreiber-Vereins.

Am Sonntag fand in Bühl die 30. Landesversammlung des Badischen Ratsschreibervereins statt. Ungeöhnlich groß war die Zahl der Teilnehmer, es wurden gegen 600 Anwesende festgestellt. Gegen 11 Uhr Sonntag vormittag begannen die eigentlichen Verhandlungen der Landesversammlung unter dem Vorsitz des Vereinspräsidenten Person aus Durlach. Nach dem verlesenen Geschäftsbericht des Verwaltungsrats umfaßt der Badische Ratsschreiberverein zurzeit 1419 Mitglieder. Das Vereinsvermögen beträgt derzeit rund 8000 M. Nach Erledigung der Vereinsrechnung hielt Ratsschreiber Dreikluft aus Durlach einen Vortrag über verschiedene Bestimmungen der Gemeindevoranschläge und Gemeindevoranschläge. Die Anregung des Redners, es wolle der Verwaltungsrat des Vereins seine ganze Kraft für die Schaffung eines einheitlichen Gemeindebeamtengesetzes, ähnlich dem Beamtengesetz der Staatsbeamten, einsetzen, wurde lebhaft begrüßt und zum Beschluß erhoben. Zur Frage des Fürsorgegesetzes für Gemeindebeamte sprach die Landesversammlung die bestimmte Erwartung aus, es werde die Gr. Regierung die in verschiedenen Petitionen schon zum Ausdruck gelangten Wünsche und Witten der badischen Ratsschreiber wegen Verbesserung und Erweiterung dieses Gesetzes in der Landtagsession 1915/16 zur Verberathung bringen.

Zum Vereinspräsidenten wurde Grundbuchvorstand Person-Durlach wiedergewählt. Gleichfalls wiedergewählt wurde Vereinssekretär G. B. Bretten und Verwaltungsrat K. A. K. in Rastatt. Neu in den Verwaltungsrat wurden gewählt Ratsschreiber Leiser, Werk in Lorch und Süßler in Triberg. Zum nächsten Tagungsort wurde Hornberg bestimmt.

Gewerkschaftliches.

In den neuen Konflikten auf den Werften. Wie aufreigend das Verhalten der Werftbesitzer auf die streikenden Werftarbeiter einwirken muß, geht am besten aus der Stellungnahme der Cambrager Unternehmer gegenüber den Arbeitern hervor. Nach den Vereinbarungen mit dem Unternehmerverband sollten sich die Schiffbauwerften zur Arbeit stellen. Von den Schiffbauern ist aber nur eine geringe Zahl wirklich eingestellt worden. Am Dienstag prangte im Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes ein Plakat, wonach die Schließung des Nachweises angedroht wurde, wenn sich nicht bis Dienstag sowohl in Hamburg als in den übrigen Werften alle Arbeiterkategorien zur Arbeit gestellt hätten. Der Arbeitsnachweis wurde schon um 2 Uhr nachmittags geschlossen, obwohl Tausende von Arbeitern vor den Türen warteten. Außerdem sollte der Unternehmerverband bis Montag Bescheid geben, in welcher Weise die übrigen Werften, außer den Schiffbauern, eingestellt werden sollten. Als der Bescheid nicht eintraf, erhielt auf eine Anfrage hin die Streikleitung die Antwort: Der Sekretär des Unternehmerverbandes sei verreist.

Die Weigerung der Arbeiter, durch den Unternehmensnachweis sich einstellen zu lassen, wird verständlich, wenn wir hören, daß es bei der Wiedereinstellung nicht ohne Ausbeutung vor sich geht. So wurden von den sich täglich meldenden 1500-2000 Arbeitern nur 500-800 auf den Werften angenommen. Nachdem trafen aber die Werften unter den zur Arbeit Zurückkehrenden noch eine Auswahl. Da wird es verständlich, wenn die Arbeiter zu Gegenmaßnahmen greifen. So beschloß eine Versammlung der Schiffbauarbeiter der Hamburger Werften mit 525 gegen 37 Stimmen, die Arbeit geschlossen aufzunehmen, aber nur, ohne durch den Unternehmens-Arbeitsnachweis eingestellt zu werden. Die Organisationsleitung wurde von den Versammelten beauftragt, wegen der Durchführung dieses Beschlusses mit den Unternehmern zu verhandeln und einer weiteren Versammlung der Ausständigen über das Resultat der Verhandlung Bericht zu erstatten.

Wie schon berichtet, haben die Werftbesitzer darauf mit der gänglichen Schließung des Arbeitsnachweises geantwortet. Zu dem Konflikt auf den Elbtiner Werften wird uns Mittwochvormittag gemeldet, daß die Metallindustriellen auch dort den Arbeitsnachweis gänzlich geschlossen haben, weil die Arbeiter sich weigerten, die Arbeit zuerst aufzunehmen. Die Arbeiter haben am Mittwochvormittag eine Versammlung abgehalten, in der eine Kommission gewählt wurde, die bei den Werftbesitzern vorstellig werden und sie fragen sollte, ob die Einstellung der Streikenden nacheinander innerhalb der nächsten 3-4 Tagen erfolgen würde. Die Werftbesitzer aber haben sich auf weitere Verhandlungen nicht eingelassen.

* Zum Streit in der Metallwarenfabrik Hugo Hartung (A.-G.) in Lichtenberg. Seit dem 14. Juli stehen die Form- und Gießereiarbeiter genannter Firma im Streit, um eine Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung der Akkordpreise abzuwehren. Die Firma sucht durch Annoncen in bürgerlichen Blättern in ganz Deutschland Arbeitswillige. Bis jetzt ist es der Firma nicht gelungen, ausreichenden Ersatz für die Streikenden zu bekommen. Die Arbeitswilligen, die die Firma im Betriebe hat, sind nicht in der Lage, die Streikenden, die zum Teil jahrelang bei der Firma beschäftigt waren, zu ersetzen. Wenn der Zugang nach wie vor streng ferngehalten wird, muß die Firma die den Streikenden angebotenen Verschlechterungen zurücknehmen. Der Betrieb ist für alle Metallarbeiter streng gesperrt, jedes Arbeitsangebot der Firma ist zurückzuweisen. Die Metallarbeiter von auswärts werden erlucht, bevor sie nach Berlin kommen, sich um Auskunft an die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstraße 88/89, zu wenden.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Baden, die dieser Tage ihre diesjährige Landeskonferenz in Bretten abhielten, zählten Ende 1912 4000 Mitglieder, die sich auf 81 Ortsvereine verteilten. Ueber die ungünstigen Verhältnisse der Tabakarbeiter berichtete auf der Landesversammlung Hoff-Geidelberg. Eine einmütig angenommene Resolution spricht sich u. a. für die Schaffung eines modernen Arbeitsrechtes nach den Theesen des Abgeordneten Fleißch (Frankfurt) aus und macht es den Mitgliedern zur Pflicht, sich an den bevorstehenden Krankentagungen zu beteiligen.

Schnau, 21. Aug. In der Brauerei Lobtau sind zwischen Leitung und Arbeiterschaft Differenzen ausgebrochen, die zu einigen Entlassungen führten. Der Vorstand der Brauereiarbeiter läßt nun ein Flugblatt verbreiten und fordert zum Boykott des Lobtauer Bieres auf unter Namhaftmachung von 33 Wirtschaften des Umkreises, in denen Lobtauerbier ausgeschenkt wird.

Aus der Partei.

Zum Fall Nabel. In der Bremer Bürgerzeitung erstattet die Kommission, die von der Parteioffiziation Bremens zur Untersuchung des Falles Nabel eingesetzt worden ist, ihren Bericht. Es ist nicht gelungen, ein einheitliches Wort herbeizuführen, es wird vielmehr eine von fünf Stimmen unterstützte Minderheitsmeinung und eine von vier Stimmen unterstützte Minderheitsmeinung mitgeteilt. Die Schuld an diesem Zwischenfall liegt daran, daß über den Umfang der Beweismittel sowie über die Würdigung der Beweismittel starke Meinungsverschiedenheiten bestanden. Im wesentlichen hatte sich die Kommission über drei Fragen auszusprechen. Zunächst wird Nabel beschuldigt, im Jahre 1904 in Krakau einem seiner Bekannten ein Buch unter Verleumdungsbuchhandlung zu haben. Mehrheit und Minderheit waren sich darüber einig, daß dieser Fall bereits durch ein früheres Schiedsgerichtsverfahren erledigt ist, gleichviel, ob dessen Urteil, wie Nabel ansetzt, auf Freispruch, oder, wie seine Gegner behaupteten, auf Vorwarnung lautete. Nabel war zweitens beschuldigt, im Jahre 1909 der Redaktion des „Kongress“ zur Rezension eingeklagte Bücher entwendet und verkauft zu haben. Angesichts der Geringfügigkeit der in dieser Weise entwendeten Bücher hat die Kommission einstimmig diese Verfehlung als seinen geringsten Grund zum Ausschluß angesehen.

In der Hauptsache war Nabel beschuldigt, im Jahre 1906 300 oder 500 M. Gewerkschaftsgelder unterschlagen zu haben. Hierüber entschied die Mehrheit: Die Kommission hält durch das in dem Gerichtsprotokoll (des vom politischen Parteivorstand eingesetzten Schiedsgerichts) mitgeteilte Belastungsmaterial den Beweis für die Beschuldigung, Nabel habe 300 bis 500 M. an Gewerkschaftsgeldern entwendet und unterschlagen, nicht für erbracht und kann aus diesem Grunde die Einleitung eines Ausschlußverfahrens nicht vorschlagen.

Die Minderheit einigte sich auf folgende Resolution: „Die Kommission zur Untersuchung des Falles Nabel sieht die Angelegenheit wegen der Entwendung von Gewerkschaftsgeldern nicht für hinreichend aufgeklärt an, um auf Grund des ihr vorliegenden Materials ihrerseits eine Verurteilung für berechtigt zu erklären oder eine Entlassung von den ihm zur Last gelegten Delikten für gegeben zu erachten.“ Einige kleinere Anklagepunkte gegen Nabel wurden allgemein als unbeachtlich erklärt.

Die Mehrheit hat danach entschieden, daß auf Grund des deutschen Organisationsstatuts gegen Nabels Parteimitgliedschaft nichts zu unternehmen sei. Die Minderheit erklärt die Weigerung für unzulänglich und steht prinzipiell auf dem Standpunkt, daß von ausländischen Parteiparteien ausgeschlossene Genossen in die deutsche Partei gar nicht aufgenommen werden dürfen. Auf dem gleichen Standpunkt steht bekanntlich, wie im Parteivorstandsbericht (Seite 5) zu lesen ist, der Parteivorstand, der demnach auf dem Jenaer Parteitag beantragt wird, Nabel für nicht parteizugehörig zu erklären.

Der sozialdemokratische Verein in Bremen hat sich dem Standpunkt der Kommissionsmehrheit angeschlossen. Die Bremer Bürgerzeitung macht bei Behandlung der Angelegenheit besonders darauf aufmerksam, daß bei den Parteiverhältnissen in russisch-Polen von geordnetem Schiedsgerichtsverfahren keine Rede sein könne. Von politischen Genossen werde das Verfahren gegen Nabel als ungeordnet und unbedeutend bezeichnet.

Die Chemiker Volkstimme stellt sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß Nabel (wegen der verwirren Parteiverhältnisse in russisch-Polen) nicht ohne weiteres als aufnahmefähig in Deutschland betrachtet werden könne.

13. Bauarbeiterschuttkongress.

K. r. Leipzig, 12. Aug. Die Berufskrankheiten im Baugewerbe behandelte Professor Dr. Sommerfeld in Wort und Bild. Der Referent führte aus, daß die gewerbliche Arbeit immer von Fährlichkeiten des Berufes, Unfällen und Krankheitserscheinungen begleitet gewesen ist, ohne daß man groß die Möglichkeiten der Vorbeugung zur Hand hatte; obgleich schon Schriftsteller sich dieser Materie zuwandten. Daher sind die Schutzbestimmungen nicht so alt, als wie die Arbeit selbst. Erst im Jahre 1870, als die Aera des Maschinenwesens immer mehr in Blüte trat, wandten die neuen Forscher und Schriftsteller sich wieder diesen Erscheinungen in erhöhtem Maße zu. Und so entwickelte sich die Kenntnis der Berufskrankheiten und Verhütung schafften Schutz- und Vorbeugungsmittel. Die Vichbilder zeigten die Staub- und Raucherentwicklung der einzelnen Berufsarten. Am meisten sind die Stein- und Marmorarbeiter, sowie die Zementarbeiter, die Gips- und Schieferarbeiter diesen Staubentwicklungen ausgesetzt. Ebenfalls stellen die Metallarbeiter einen großen Prozentsatz der an Berufskrankheiten zu Grunde gehenden Arbeiter. Durch die Staub- und Raucherentwicklung gelangen die in Form und Quantität verschiedenartig dem arbeitenden Material sich abblenden Partikelchen auf die Schleimhäute und so in die Lunge und richten dort die schrecklichsten Verheerungen an. Die Bilder zeigten weiter die Wirkung auf den menschlichen Organismus, es gelangten Bilder zur Vorführung, die zeigten, wie z. B. die Maler stark an Bleibergiftungen, Lähmungen usw. zu Grunde gehen. Zur Berringerung der Berufskrankheiten empfiehlt Redner das Zusammenwirken von Arbeiter, Arbeitgeber und Staat. Es müßte schon auf den Hochschulen ein Unterricht, der Aufklärung und Kenntnis über Wirkungen und Ursachen der Berufskrankheiten gibt, eingeführt werden. Desgleichen müßte auch die Volksschule in der obersten Klasse, anlehnd an den naturwissenschaftlichen Unterricht, Belehrung über gesundheitliche und berufliche Störungen geben. Die Vorführung der weiteren Bilder zeigte, wie durch Einführung von Staub- und Raucherabsaugungsapparaten für viele Berufe die gesundheitlichen Gefahren gemindert werden können. Der Unternehmer sei dazu verpflichtet für staufreie Arbeitsgelegenheit zu sorgen und der Staat könne durch Verordnungen für die einzelnen gefährdeten Berufe und durch Ueberwachung der erlassenen Bestimmungen viel zur Minderung der Berufskrankheiten tun. Lebhafter Beifall lohnte den Redner.

Zur Debatte sprachen Streine, Maler, Staudinger, Steinarbeiter, Schiefer, Holzarbeiter und Welfer, Steinbildhauer, die die Ausführungen des Referenten scharf untertrifften.

Im Schlußwort zeichnete Professor Sommerfeld ein Bild, wie die Arbeiter auch selbst durch größte Vorsicht und Reinlichkeit viel zur Besserung der Berufskrankheiten beitragen können. Auch durch Einstellung von Arbeiterkontrollen, die in den Betrieben die Reinlichkeit ausüben, könne viel geschehen, zur Verhütung der Berufskrankheiten.

Der Sekretär Heinke-Berlin beschränkte sich in seinem Schlußwort auf einige Richtlinien, worauf die gestellte bereits mitgeteilte Resolution zur einstimmigen Annahme kam. — Des weiteren befaßte sich der Kongress auf neue zu der vom 2. Bauarbeiterschuttkongress gefassten Resolution. Einige von den Jahrestellen der einzelnen Organisationen gestellten Anträge werden teils zurückgezogen, teils der Generalkommission, teils der sozialen Abteilung zur Berücksichtigung überwiesen. Dann erhielt Reichstagsabgeordneter Silberstein das Wort zu seinem Referat über die beabsichtigte Regelung des Submissionswesens. Seine Ausführungen sind in nachstehender Resolution kurz zusammengefaßt:

„Am die Nebelstände im Submissionswesen zu beseitigen, hält der Dritte Bauarbeiterschuttkongress die Einführung des Regiebetriebes bei Ausführung der öffentlichen Arbeiten für dringend geboten.“

Reich, Staat und Gemeinde sind die größten Arbeitgeber in unserem Wirtschaftsleben, die ein nach Millionen zählendes Heer von Arbeitern und Angestellten beschäftigen. Aus der staatsbürgerlichen Stellung der Beschäftigten ist der Rechtsanspruch und das Verlangen hinsichtlich begründet, daß die wirtschaftliche Stellung gegenüber dem Privatbetrieb ausgleichend und in der Durchführung des Arbeiterschutzes und der sozialen Fürsorge vorbildlich ist und zur Nachahmung anregt. Der Kongress empfiehlt den baugewerblichen Organisationen, allerorts die Frage der staatslichen und kommunalen Regiearbeit eingehend zu diskutieren und die Einführung resp. die Ausbildung dieses Systems zu propagieren.

Bis zur Einführung der Regiearbeit ist eine Neuorganisation des Submissionswesens zu fordern. Bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen muß der Unternehmer zur Erfüllung bestimmter Bedingungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten verpflichtet werden.

Als solche kommen in Betracht:

- 1. Den Arbeitern und Angestellten ist das Koalitionsrecht in vollem Umfange zu gewähren.
2. Die Durchführung und Einhaltung der zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen vereinbarten oder tariflich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen.
3. Die bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen aller Art sind durchzuführen.
4. Lehrlinge, in unterhältnismäßiger Zahl bei Ausführung der Arbeiten einschließlich der Herstellung der Lieferungen, nicht zu beschäftigen.
5. Bei Neueinstellung von Arbeitern, die von Kommunen oder von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gemeinschaftlich errichteten Arbeitsnachweise zu benutzen.
6. In erster Linie ortsangehörige und ferner inländische Arbeiter zu beschäftigen, bevor Ausländer eingestellt werden.
7. Arbeiten und Lieferungen dürfen nicht an Zwischenunternehmer vergeben werden.
8. Der Zuschlag darf demjenigen nicht erteilt werden, der wiederholt gegen die Bestimmungen des Unfalls-, Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherungsstatutes verstoßen hat.
9. Dem Unternehmer ist eine Verpflichtung zur angemessenen Sicherheitsstellung aufzugeben, aus der die bauleitende Behörde im Bedarfsfalle berechtigt ist, die rückständigen Löhne und Gehälter und die Beiträge für die Arbeiterversicherung direkt an den Beschäftigten zu zahlen.
10. Der Unternehmer ist verpflichtet, der Behörde auf Verlangen jederzeit in die mit den Arbeiterorganisationen geschlossenen Tarifverträge oder anderen Vereinbarungen Einsicht zu gestatten und über deren Erfüllung unter Vorlegung der Lohnlisten und sonstigen Unterlagen Aufschluß zu erteilen.

Die Unternehmer, die bei früheren Aufträgen diesen Verbindlichkeiten nicht in vertragsmäßiger Weise nachgekommen sind und solche, die die Erfüllung der Bedingungen nicht anerkennen wollen, sind von der Vergebung auszuschließen.

Den Unternehmern, die die übernommenen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht erfüllen, ist die übertragene Arbeit oder Lieferung zu entziehen.

Die Behörde hat vor Erteilung des Zuschlags für die Ausführung der Arbeit oder der Herstellung der Lieferung die am Orte oder für den Bezirk vorhandenen Vertreter der Arbeiterverbände darüber zu vernehmen, ob und welche Gewähr der für die Vergebung der Arbeit in Frage kommende Unternehmer bietet, daß die unter 1-10 genannten Bedingungen erfüllt werden.

Redner schilderte weiter, wie die Frage der Regelung des Submissionswesens im Reichstag behandelt worden ist. Wie diese Art der Behandlung geeignet sei, dem Gesehenswerten der seiner Vollendung entgegen geht, mit Mißtrauen entgegen zu bilden. Die Arbeiter müßten auch in dieser Frage sich auf die Macht und Kraft ihrer Organisation und auf die Männer der Parlamente, die nicht nur diese Frage kennen, sondern auch gemillt sind, dafür einzutreten, verlassen. — Der Kongress sollte dem Redner lebhaften Beifall. Der Resolution wurde ohne Debatte zugestimmt und waren damit die Arbeiten des Kongresses erledigt.

Genosse P. J. G. schloß den Kongress mit einem Rückblick auf die erledigten Arbeiten, die in Form von Resolutionen erkennbar sind und knüpfte daran die Mahnung, daß nunmehr alles zu tun sei, um die Bauarbeit stark und groß in ihrer Organisation zu machen, damit sich leicht Endes durch die organisierte Tat die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes erzwingen. Redner jagt weiter, daß Vertreter von Behörden zu diesem Kongress nicht geladen waren, deshalb nicht geladen, weil sie früher aus Mangel an Zeit die Teilnahme ablehnten, daß die Reichsstaatsfraktionen alle eineladen waren, daß

No. aber alle fünden h zühören. die eine entschuldig Mit greß gefe Durlach — Firma G daß sich d rad aus h fast in a der Herr stüben. hofen, d Bewußtse schämend dem niede Leute von nen in d fierte Ar handlung Stilling — * E verhaftet, dem er z zu locken zu ergrer wurde n Raftatt. — C 27. d. M. „Rappen“ August A joid die noßen, er währten übergeug Führer g Baden- — C schiffahrt rungsblat 1. Luftsch für das schiff „D Schiff du wurde ge Unterstun folgte die verchiede Zeit in d Offenbu — E. Gemeinwe über die schilberte ijtischen standes r der Verfü vollstänb der Uebe tungsför rung, wo der Gew lich befa als polit rent tref mit weid selben U schafien h herangeh den Aufst wurden beantror die Volk Gewerks welche di Der Vor gefchehen kann. I sch a f t s f ü r f o r g e n a m e h m e i t r a f e 1. k W Karlstru ler, w lühr abe den Sor dem das zeitig al Bedauer Stranken Haus la Angel in wird all Mitglieb schaff. A ung die von Car feiner er im Zufu unterfü f ä h t * D hiesiger des Wil und and mehr ob hüber K wieder a Tat zu amüant noch nid Strafrid

aber alle, außer der sozialdemokratischen Fraktion keine Zeit gefunden hat, die Wünsche und Forderungen der Bauarbeiter anzuhören. Sie haben sich mit Ausnahme der Nationalliberalen, die eine Entschuldigungsverordnung nicht für nötig hielten, mit Zeitmangel entschuldigt.

Mit einem Hoch auf die Bauarbeiterschaft wird der Kongress geschlossen.

Aus dem Lande.

Durlach.

Der Stand des Streiks in dem Ofensehgeschäft der Firma Ewald hat infolgedessen eine Aenderung erfahren, daß sich dem Arbeitswilligen Wenzel neuerdings noch ein Kamerad aus Offenburg zugesellt hat. Die beiden Ofenseher, wohnhaft in Durlach, betrachten es augenscheinlich als eine Ehre, den Herrn Ewald in der Nichterhaltung des Tariffs zu unterstützen. Die beiden Ofenseher sind noch sehr jung. Es ist zu hoffen, daß ihnen das ungeschickte Handeln der Arbeitgeber noch zum Bewußtsein kommt. Es mutet eigentümlich an und ist tief beschämend, wenn Familienväter aus Solidarität sofort die Arbeit niederlegen, um die Besserung ihrer Lage zu erwirken, und Leute von 19 und 20 Jahren es über sich bringen, diesen Männern in den Rücken zu fallen und weiterzuarbeiten. Die organisierte Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung möge solche Handlungsweise zur Kenntnis nehmen.

Der Zentralverband der Köpfer und Berufsgenossen, Filiale Karlsruhe.

Stillingen.

Ein 42 Jahre alter Tagelöhner aus Binkenheim wurde verhaftet. Derselbe trieb seit einiger Zeit sein Unwesen, indem er Kinder durch Versprechungen und dergleichen an sich zu locken suchte in der Absicht, sich an ihnen in unbilliger Weise zu ergreifen. In einem Falle gelang dem Missetäter dies, er wurde nun aber in sicheres Gewahrsam gebracht.

Karlsruhe.

Gedächtnisfeier für Genosse Bebel. Am Mittwoch, den 27. d. M., abends 8 Uhr, findet im Parcellenhaus zum „Nappan“ eine Gedächtnisfeier für unsern verstorbenen Führer August Bebel statt. Unser Landtagskandidat Gen. Mellet wird die Gedächtnisrede halten. Parteigenossen und Genossen, erscheint alle bei dieser Feier, denn es gilt, unsern bewährten Führer die letzte Ehre zu erweisen. Kein wirklich überzeugter Genosse darf fehlen, damit diese unsern bewährten Führer gebührende Feiern zu einer ihm würdigen gestaltet wird.

Baden-Baden.

Ein Erinnerungstag. Für die Delag (Deutsche Luftschiffahrts-A.G.) war der 21. August ein besonderer Erinnerungstag. Drei Jahre waren verlossen seit der Landung des 1. Luftschiffs, des 3. B vor der Halle. Dieses Schiff war Ersatz für das am 28. Juni im Neutoburgerwald gestrandete Luftschiff „Deutschland“. Am 14. September 1910 geriet dann das Schiff durch die Unvorsichtigkeit eines Monteurs in Brand und wurde zerstört, das zweite Luftschiff, welches dann in der Halle unterkunft fand, war 3. B. das in Düsseldorf strandete. Dann folgte die „Schwaben“ und später die „Victoria Luise“, während verschiedene Militär-Zeppelinluftschiffe längere oder kürzere Zeit in der Halle zu Baden-Ord stationiert waren.

Offenburg.

E. Volkshilfe. In der am Samstag stattgefundenen Gemeindefürsorgekommission referierte Kollege Durban über die Volkshilfe und ihre Einrichtungen. In klarer Form schilderte er die Vorteile derselben gegenüber der privatkapitalistischen Versicherung, bei welcher einzelne Personen des Vorstandes und Aufsichtsrats Mißgeschick bezeugen auf Kosten der Versicherten. Die Volkshilfe ist im Gegensatz hierzu auf vollständig demokratischer Grundlage aufgebaut; hier kommt der Uebertrag der Gesamtorganisation zugute. Die Verwaltungskosten sind erheblich geringer, wie in jeder Privatversicherung, weil die Verarbeitung hierfür von den Vertrauensleuten der Gemeindefürsorge und Konjunktionsgesellschaften ehrenamtlich besorgt wird. Die Verträge der Mitglieder, die Volkshilfe als politische Organisation zu diskreditieren, wie der Referent treffend zurück, an diesen Vereinigungen sei zu ersehen, mit welcher unaufrichtigen Mittel man dieselbe bekämpfe. Mit denselben Argumenten hat man auch früher die Konjunktionsgesellschaften bekämpft, die inzwischen zu einer wirtschaftlichen Macht herangewachsen sind. In demselben Sinne müssen wir auch an den Aufbau der Volkshilfe tätig sein. — In der Diskussion wurden verschiedene Anfragen gestellt, welche Kollege Durban beantwortete. Die Versammelten erklärten sich einmütig bereit, die Volkshilfe nach Kräften zu unterstützen und in ihren Gemeindefürsorge für die Aufstellung von Vertrauenspersonen, welche die Arbeit hierfür übernehmen wollen, Sorge zu tragen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß dies sobald wie möglich geschehen müsse, damit unversichtlich die Verarbeitung einsehen kann. In nächster Zeit findet eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung mit einem Vortrag über die Volkshilfe statt. Die Vertrauensleute können schon jetzt Aufnahmescheine beim Rechnungsführer Kollege Adam, Gerichtsstraße 1, 8. St., in Empfang nehmen.

k. März, 25. Aug. Ein auf dem Neubau von Metz in Karlsruhe beschäftigter Arbeiter hier, namens Ulrich Seiler, wurde am Samstag mittag plötzlich geistesgestört. Er fuhr abends nach Hause und verlor sich, sich in der Nacht auf den Sonntag zweimal zu erbängen, was jedoch mißlang, in dem das erste Mal der Strick riß und das zweite Mal er rechtzeitig abgefaßt werden konnte. Der besorgte Vater des Bedauernswerten wollte seinen Sohn nun gestern in das Krankenhaus bringen. Als er mit zwei Polizisten in das Haus kam, schoß sich der Unglückliche mit einem Revolver eine Kugel in das Herz, so daß er sofort tot war. Den Angehörigen wird allgemeine Teilnahme entgegengebracht. Seiler war Mitglied des Arbeitergesangsvereins und der Freien Turnerschaft. Die Arbeiterschaft wird gebeten, ihm bei seiner Beerdigung die letzte Ehre zu erweisen.

Walsch, 24. Aug. Die Aussagen des angeblich in der Nähe von Cannstatt überfallenen Fellenbauers Josef Kastner bei seiner ersten gerichtlichen Vernehmung und andere auffallende im Zusammenhang mit der Sache stehenden Erscheinungen unterliegen dem Verdacht, daß die ganze Räubergeschichte erfunden sein dürfte.

Durmersheim, 24. Aug. Die Jäger und Jagdbüchler auf diesiger Gemarkung haben schon seit Jahren unter dem Anführer des Wilderns zu leiden, trotzdem in letzten Jahren der eine und andere dieser „passionierten Jäger“ mit dem Strafrichter mehr oder weniger empfindlich in Verührung kam. Dem Jagdbüchler Künzinger und einem Gendarmen ist es gelungen, heute wieder zwei junge Wölfe am hellen Nachmittage auf frischer Tat zu ertappen. Auf den einen „Jäger“ mußte noch eine amüsante „Jagd“ gemacht werden, und das „Wild“ ist bis jetzt noch nicht zur Strecke gebracht, während der andere bereits dem Strafrichter zugeführt werden konnte.

* Langenbrücken, 22. Aug. Der Maurer Wendelin Wagner von Stettfeld, welcher zur Zeit hier wohnt und eine Drehschmaschine betreibt, wurde verhaftet und in das Gefängnis nach Bruchsal eingeliefert. Auf eine anonyme Anzeige hin und auf Grund schon lange bestehenden Mißtrauens gegen Wagner wurde eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet, die das überraschende Ergebnis hatte, daß man in seiner Wohnung 20 Zentner fauberes Getreide fand, über dessen rechtlichen Erwerb sich der des Diebstahls Beschuldigte nicht ausweisen konnte. Wagner hatte unter seiner Drehschmaschine ein Faß eingegraben und in dasselbe von der Sortiertrömmel der Drehschmaschine aus ein Blechrohr geleitet, so daß ein Teil des getrockneten Getreides dorthin laufen konnte.

* Dudenheim, 22. Aug. Der ledige, 30 Jahre alte Landwirt Emil Redert stürzte auf dem Heimweg vom Wägen infolge Abstrichens so unglücklich in die Senze, daß ihm die Brust durchschnitten wurde und die Spitze der Senze am Schlüsselbein herausstach. Am Aufkommen des schwer verletzten Mannes wird gewandelt.

* Mannheim, 24. Aug. Oberhalb der neuen Redarbrücke beim Molkhofen wurde von einem Schiffer die Leiche des am 7. d. M. beim Leeren des Schiffes „Christine“ ertrunkenen 14 Jahre alten Schiffsjungen Karl Zuber aus Redargerach gelandet. — Ein 52 Jahre alter verheirateter Bureauchef hat sich in seiner Wohnung in der Spiegelstraße 100 erhängt. Motiv der Tat: Unheilbares Leiden.

* St. Ilgen, 24. Aug. Ein schweres Unglück ereignete sich, als der Zigarrenarbeiter Müller mit seinen beiden Kindern, die er in einem Sportwagen sitzen hatte, vom Felde heimkehrte. Wegen des schlechten Feldweges war Müller gezwungen, der Wöschung eines Grabens entlang zu fahren. Dabei wühlte er aus und fiel mit den beiden Kindern in den Graben. Das jüngste Kind hatte sich dabei in der Wagengegend an einem scharfen Gegenstand so schwer verletzt, daß der Magen heraustrat. Es wurde ins Akademische Krankenhaus nach Heidelberg verbracht, wo es hoffnungslos darnieder liegt.

* Freiburg, 22. Aug. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern auf der elektrischen Straßenbahn. Der Tagelöhner Wilhelm Rater aus Fähringen wurde bei einer scharfen Kurve aus dem Wagen der Elektrischen geschleudert und stürzte so unglücklich auf die Straße, daß er einen Schädelbruch erlitt und nach wenigen Augenblicken tot war. Nach einer anderen Darstellung soll R. auf der Straßenbahn einen Schlaganfall erlitten haben und von der Straßenbahn abgestürzt sein.

Blutvergiftung. Unter Blutvergiftung versteht man im gewöhnlichen Leben eine Krankheitsform, die durch Verunreinigung oder Verunreinigung einer Wunde verursacht wird. Der Irrtum ist fast allgemein verbreitet, daß eine Blutvergiftung dadurch hervorgerufen wird, daß Schmutz, Staub, Gras, Stroh, Mist oder dergl. in die offene Wunde gelangen. Die Ursache einer Blutvergiftung sind vielmehr Bakterien, d. h. kleine, dem bloßen Auge nicht sichtbare, Pilze, die mit anderen Verunreinigungen in die Wunde geraten und sich dort unter gewissen Bedingungen entwickeln. Diese Entwicklung hängt jedoch ganz von der Beschaffenheit der Bakterien ab. Ist diese schädlich (pathogen), so vermehren sich die eingeführten Bakterien, treten in den Blutkreislauf des Körpers und verursachen schwere Erkrankungen, die vielfach zum Tode führen. Es ist daher von allen Dingen wichtig, jeder auch der kleinsten Wunde die nötige Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen, da ja schon bei dem kleinsten Hautris Schmutz oder andere Substanzen hineingeraten können, auf denen ja Bakterien fast nie fehlen. Man halte also auch jede noch so geringfügige Wunde sorgfältig rein, sauge oder drücke sie kräftig aus und bewirke, wenn es möglich ist, daß sie blutet, da mit dem Blute häufig die eingedrungenen Fremdkörper auf mechanischem Wege herausgespült werden. Am besten ist es, jede Wunde sorgfältig auszuwaschen, und dazu genügt schon reines, warmes Wasser, besser ist natürlich dreiprozentiges Karbolwasser oder einprozentige Jodlösung. Wascht sich ein Verbands der Wunde nötig, dann verwendet man dazu reines, weiches Leinen, das man zur größeren Sicherheit ebenfalls noch in Karbolwasser oder Jodwasser tauchen kann. Wenn die Stelle des Körpers, wo eine Verwundung stattgefunden hat, sehr stark anschwillt, brennend heiß wird und sich rötet, oder sogar die Wunde blau herzutreten, sich heftige Schmerzen und sonstige Störungen des Allgemeinbefindens einstellen, so muß man sich sofort in die Behandlung eines Arztes begeben.

Der Binnenschiffahrtkongress in Konstanz, welcher sich für die Dringlichkeit des Ausbaues der Rhein-Donau-Schiffahrtstraße ausgesprochen, beschäftigte sich weiter mit der Vereinheitlichung des Privatverkehrs der Binnenschiffahrt und nahm hierzu eine Resolution an, in welcher die Schaffung eines einheitlichen Privatverkehrs der Binnenschiffahrt für die Wasserstraßen der Verbandsländer mit Rücksicht auf die bisherige und zukünftige Entwicklung des Binnenschiffahrtverkehrs als erforderlich erklärt wird. Die nächste Tagung wird in Wien stattfinden.

Neues vom Tage.

Prinzessin Luise von Coburg.

Ein Berliner Rechtsanwalt, Dr. Walter Inhoffen, teilt der „Vossischen Zeitung“ mit, daß er gegen die Prinzessin Luise von Coburg und ihren Begleiter Matachich eine Strafanzeige wegen Betrugs erstattet habe. Die Prinzessin habe, durch Matachich gezwungen, ihm sein ganzes Vermögen, das über eine Million betragen habe, durch falsche Vorpiegelungen abgeloht, so daß er jetzt mit seiner Familie „so gut wie brotlos“ dastehe. Es wird sich zeigen, ob die Unternehmung die Angaben des Angezweigten, der nach seiner Darstellung eine für einen Anwalt ungewöhnliche Leichtgläubigkeit besessen haben muß, bestätigt. Herr Inhoffen erklärt, daß er nicht zu den Wucherern gehöre, die den größten Teil der Gläubiger der Prinzessin bilden.

Zum Drama in der Kaserne.

Wien, 22. Aug. Der Offiziersdiener Janubovic, dessen Verfinden sich gebessert hat, hat ausgesetzt, er habe seine Tat gegen den Hauptmann Eisenold aus Nachsicht und nach reiflicher Ueberlegung ausgeführt. Seine beiden Schupferleistungen habe er sich selbst zugefügt. Daß Eisenold auf ihn gefeuert habe, entspreche nicht den Tatsachen. Er habe, nachdem er seinen Herrn niedergestreckt hatte, dreimal auf die Komtesse geschossen, die sofort tot gewesen sei.

Ein schwedisches Kriegsschiff gesunken.

Stockholm, 22. Aug. Während einer Übung des schwedischen Küstengeschwaders bei Dersund wurde ein Kanonenboot von einem Ranzerschiff angekratzt. Das Kanonenboot sank, die Mannschaft wurde gerettet.

Malmö, 22. Aug. Die Kollision erfolgte zwischen dem Ranzerschiff „Odin“ und dem Kanonenboot „Urb“. Das Ranzerschiff, von Norden kommend, traf das Kanonenboot, das von Süden kam, an der Steuerbordseite. Das Kanonenboot sank 20 Minuten nach dem Zusammenstoß. Die Masten ragen aus dem Wasser hervor.

Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Die Briefmarkensammlung Mirza Hadjschi.

Paris, 21. Aug. Die Frau des persischen Millionärs Mirza Hadjschi, die ihrem in Paris wohnenden Gatten eine Briefmarkensammlung im Werte von 600 000 Francs entwendet hat, ist von Berlin nach Paris zurückgeführt und hat sich hier freiwillig der Polizei gemeldet. Sie erklärt, die Briefmarkensammlung zu haben, um ihren Kindern zu helfen, für deren Unterhalt Mirza Hadjschi nur kärglich sorge. Frau Mirza Hadjschi, die übrigens behauptet, von ihrem Manne nicht geschieden zu sein, hat der Polizei die entwendete Briefmarkensammlung zurückgegeben.

Unglücksfall.

Rom, 23. Aug. Während des Aufenthaltes des Königs in den piemontesischen Bergen zur Gamsjagd soll ein Felsblock sich von einer Anhöhe gelöst haben und auf zwei Begleiter des Königs herabgestürzt sein. Einer sei auf der Stelle getötet, der andere schwerverletzt worden.

Russische Eisenbahnkreben.

Petersburg, 22. Aug. Ein sibirischer Eisenbahnzug wurde von 15 maskierten Banditen angehalten. Die Banditen forderten sämtliche Reisende auf, auszusteigen und ihre Taschen zu leeren. In diesem Augenblick erschien ein Aeroplan in den Lüften und umkreiste den Zug. Während die Räuber hinaufblickten, zog einer der Reisenden einen Revolver und schoß drei Räuber nieder. Die übrigen ergriffen die Flucht.

Tödlicher Fliegerabsturz.

Halberstadt, 22. Aug. Auf dem Halberstadter Flugplatz ereignete sich heute vormittag ein tödlicher Fliegerabsturz. Leutnant Schmidt vom 148. Infanterieregiment in Bromberg stürzte bei Ausführung des für die Pilotenprüfung vorgeschriebenen Gleitfluges mit seinem Eindecker ab und war auf der Stelle tot. Schmidt ging aus einer Höhe von etwa 1000 Metern in einem sehr steilen Gleitfluge mit voll laufendem Motor nieder. In etwa 500 Meter Höhe wurde ein Flügel defekt, wahrscheinlich infolge des zu großen Gegendrucks und der Apparat stürzte zur Erde. Er wurde vollständig zertrümmert.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 25. August.

Die Trauerfeier für unsern August Bebel.

In einer einfach-schlichten, aber dennoch würdigen und eindrucksvollen Trauerkundgebung nahm Sonntag morgen die Arbeiterschaft Karlsruhes Abschied von ihrem großen, geliebten Führer August Bebel. Daß August Bebel auch hier dieselbe Liebe genoß wie überall in Deutschland und der ganzen Welt, das zeigte der starke Besuch der Feier. Der kleine Saal der Festhalle konnte nicht die Erschienenen alle fassen, Saal und Galerien waren dicht besetzt, viele mußten mit einem Stehplatz sich begnügen. Auch die Frauen hatten sich zahlreich eingefunden, was wir ganz besonders bemerken wollen, die Frauen wissen auch, was für einen Kämpfer für ihre Rechte sie verloren haben.

Beginn und Schluß der Feier bildete der Vortrag je eines Chors der vereinigten Arbeitergesangsvereine von Karlsruhe. Im Mittelpunkt stand die Trauerrede des Genossen L. Marum. Nach kurzen begrüßenden Worten des Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins Gen. Sigmund sangen die Sänger den tiefsten Chor „Da drinnen ist Friede“, der so recht geeignet ist, ernste Stimmung und ernste Gedanken auszulösen. Unter Herrn Eiffelers Leitung kam der Chor wirkungsvoll heraus.

Genosse L. Marum ließ sodann in seiner Gedächtnisrede nochmals den toten Führer in seinem Leben und Schaffen, Kämpfen und Streben vor unseren Augen vorüberziehen. In einstündigen Ausführungen verstand er es, uns nochmals als das Markante, das Bedeutende, das Große aus dem Leben dieses geliebten Führers und Kämpfers vorzuführen. Nicht allein durch die Sätze der Arbeiterschaft, der Sozialisten der ganzen Welt zog ein tiefes Trauern, als die Nachricht vom Tode unseres August Bebel eintraf, nein, alle Kreise, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten und deren Regelung beschäftigen, wurden von der Trauer erfaßt. Bebel war wohl unser, aber er gehörte der ganzen Welt. Nur wenige haben es fertig gebracht, ihn in ihrem Gasse auch bei seinem Tode zu verlästern und zu befeuern. Aber die schärfsten Gegner haben ein es anerkannt, seine menschliche Größe. Wenn Liebknecht der Kopf der Sozialdemokratie, so war Bebel das Herz. In Dankbarkeit müssen wir heute zurückblicken auf seine Arbeit, nicht nur trauernd, auch mit Stolz und Freude. In interessanter Weise gab nun Gen. Marum eine Schilderung des Werdegangs unseres Toten, die er von seinem Auftreten im Leipziger Arbeiterbildungsverein sich entwickelt hat, sich durchgearbeitet hat zu den Ideen des Sozialismus. Daß diese Entwicklung in ganz kurzer Zeit sich vollzog, zeigt, in welcher Weise dieser Geist gearbeitet haben muß. Diese Entwicklung mußte so kommen. Er entstammte dem Proletariat, er fühlte mit dem Proletariat, und er war daher am besten in der Lage, für das zu kämpfen, was in jenen Jahren erkämpft werden mußte für die Arbeiterschaft. Er nahm die Leiden und Verfolgungen in jenen Märtyrerepochen des Proletariats gerne auf sich, obgleich er wußte, daß, wer sich damals zu jenen Ideen bekannte, sich selbst das Urteil sprach, daß er geächtet und verfolgt werden würde. Bereits 1867 wurde er zum Mitglied des norddeutschen Reichstags gewählt als Mitglied der sächsischen Volkspartei. Aber seine ersten Reden liegen damals schon die Gedanken durchdrillten, für die er später so gewaltig und leidenschaftlich gekämpft hat. In seiner ersten Rede fiel schon der Satz, daß die Hohenzollern aus Deutschland eine große Kaserne machen wollten. Das Vorkommen eines feinen Reden war, daß sie außerordentlich einfach, aber auch außerordentlich eindringlich waren. Wer ihn zuhörte, dem kamen die schwierigsten Probleme so einfach vor, so leicht verständlich, fast selbstverständlich.

Sein Kampf galt der Unterdrückung in jeder Form, er galt daher auch der Befreiung der Frau. In seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ hat er eine eindringliche Darstellung gegeben, wie er sich die Zukunft denkt. Sein Kampf galt auch dem Militarismus, schon 1867 sprach er im Programm der sächsischen Volkspartei es aus, daß ein Volksheer geschaffen werden müsse, aber keine besoldete Truppe zum Schutze des Kapitalismus. Er kämpfte dafür, daß die Söhne des Volkes nicht benützt werden für die Interessen der Besitzenden, daß sie keine Brütianergerade für die Herrschenden sein sollen, die gegen das eigene Volk verwendet werden soll. Er hat unerfrocken diesen Kampf geführt.

So gehörte in allem seine Arbeit, sein Kampf, sein Sinnen und Trachten nur dem Proletariate. Mag sein Körper auch tot sein, im Proletariat wird Bebel weiterleben, da ist er unsterblich. Wir gedenken heute in Liebe und Verehrung des

Toten, wir wollen heute nochmals rückwärtend dem Führer danken für das, was er dem Proletariat getan. Wir wollen aber auch diesen Gedächtnistag dazu benützen, daß wir uns geloben, für die Sache weiter zu arbeiten und zu kämpfen, für die unser Bebel gekämpft hat. Wir wollen uns den Wahlspruch der französischen Royalisten zu eigen machen: Le roi est mort, vive le roi! Der König ist tot, es lebe der König! August Bebel ist tot, es lebe der Sozialismus! Er hat uns sein Testament in den letzten Worten in seinem Buche „Die Frau“ niedergelegt. Wir ehren ihn am besten, wenn wir in seinem Sinne weiter arbeiten.

„Kämpfen und streben wir“, so schreibt August Bebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“, „also immer voran, unbekümmert darum, wo“ und „wann“ die Grenzpfähle für eine neue, bessere Zeit für die Menschheit eingeschlagen werden. Und fallen wir im Laufe dieses großen, die Menschheit befreienden Kampfes, so treten die uns Nachstrebenden für uns ein. Wir fallen in dem Bewußtsein, unsere Schuldigkeit als Mensch getan zu haben und in der Ueberzeugung, daß das Ziel erreicht wird, wie immer die dem Fortschritt der Menschheit feindlichen Mächte sich dagegen wehren und sträuben mögen. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau!“

Zum Schluß fangen die Arbeitergesangsvereine unter Ciffers pädender, begeisternder Leitung den sieges- und kampfesfrohen Chor „Lord Tolson“. So ehrt die Arbeiterchaft ihren Toten: Trost und Trauer um den dahingegangenen geliebten Führer, mit neuer Siegesübermut in den Kampf gezogen, das ist die beste Ehrung und das beste Gedenken für den Toten: Der Führer sank, das Banner der Sozialdemokratie steht.

Volkspfürsorge.

Gewerkschaftl. genossenschaftl. Versicherungs-Vereinigungs-Gesellschaft, Bezirk Karlsruhe und Umgebung.

Die gemeinnützige Versicherung Volkspfürsorge hat ihre Tätigkeit nunmehr aufgenommen. Versicherungsabschlüsse in Lebensversicherungen, Kinderversicherungen in Verbindung mit Militärdienst oder Ausfuhrversicherungen, Sparversicherungen usw. werden von den Vertrauenspersonen der Gewerkschaften jederzeit entgegengenommen. Die Volkspfürsorge ist völlig neutral und bietet jedermann Gelegenheit, sich mit geringer Beitragsleistung zu versichern. Zur Auskunftserteilung ist Unterfertigung bis auf weiteres jeden Mittwoch von 6 Uhr ab auf dem Arbeitersekretariat, Wilhelmstraße 47, anzuwenden.

Der Rechnungsführer: Josef Krieg, Südbühstr. 22.

Gewerbegericht Karlsruhe.

Aus der Sitzung vom 20. August 1913.

Vorsitzender: Stadtratsrat Reulmann. **Arbeitsgeberbeisitzer:** Metzgermeister Glahn; **Arbeitnehmerbeisitzer:** Rangierleiter Horn.

Recht ungeschickt benahm sich der bei der Firma Kalm beschäftigt gewesene Arbeiter Jypich, als er ohne Kündigung entlassen wurde. Anstatt der kündigungsfreien Entlassung sofort zu widersprechen, sagte der Arbeiter nach eigener Angabe: „Es ist gut!“ Jypich verlangt jetzt im Klagenweg 40 Mk. Entschädigung. Das Gericht wies den Kläger mit der Klage ab. Es nahm an, daß das Arbeitsverhältnis im beiderseitigen Einverständnis erfolgt sei. Jedenfalls konnte der beklagte Arbeitgeber aus der Kündigung des Jypich: „Es ist gut!“ entnehmen, daß dieser mit der kündigungsfreien Entlassung einverstanden sei. Der Arbeiter wird also stets gut tun, wenn er Anspruch auf Einhaltung einer Kündigung hat, trotzdem aber ohne Kündigung entlassen wird, der Entlassung sofort zu widersprechen, nicht aber durch eine Resignation, wie „es ist gut!“ sein Einverständnis zu erklären. — **Beleidigende Kündigung eines Arbeiters gegenüber einem Vorgesetzten ist, auch wenn sie nach Ausspruch der Entlassung erfolgt, nachträglicher Entlassungsgrund.** Der Arbeiter Lindner verlangt 350 Mk. Entschädigung, weil er morgens 9 Uhr entlassen worden war, nachdem er dem Vorgesetzten eine Schaufel von Sand und Kies an die Füße geworfen hatte und dabei aufharte: „Geh weg mit deinem Schmeißer!“ Der Kläger gab zu, daß er diese Kündigung gebrauchte, aber erst nachdem die Entlassung ausgesprochen worden war. Das Gericht wies den Kläger mit der Klage ab. Die beleidigende Kündigung würde, auch wenn sie erst nach ausgesprochener Entlassung erfolgt sein sollte, einen nachträglichen Entlassungsgrund bilden. Das Benehmen, das in diesem Falle der klagende Arbeiter an den Tag legte, ist zu verurteilen und kann dem Arbeiter nur schaden, nichts nützen. — **Wegen kündigungsfreier Entlassung klagt der Monteur Metz gegen die Siemens-Schuckertwerke auf eine Entschädigung in Höhe von 104 Mk.** Die Beklagte macht geltend, daß hinreichende Gründe für die Entlassung vorgelegen hätten, seine Arbeit sei mangelhaft gewesen, auch habe er sich Unpünktlichkeiten zuschulden kommen lassen. Die Angaben der einvernommenen Zeugen waren zum Teil widersprechend. Im Vergleichswege einigten sich die Parteien auf eine Entschädigung in Höhe von 60 Mk.

Theater und Musik.

Interims-Theater (Festhalle).

Viktor Lauter, der beliebte 1. Operettentenor unserer intermittierenden Sommerbühne, hatte sich für den Freitag als Benefizvorstellung ein Stück von exprobrter Jugkraft, nämlich die gefällige Operette „Hohheit tanzt Walzer“, ausserloren. Die Wahl, der dem Sänger so günstig gelegene Partie des „Bepert“, war durchaus glücklich, denn in ihr konnte er wieder seinen reichen, sonnigen Humor, seine elegante, gewandte und von herzlichen Empfindungen diktierte Darstellungsart und sein gewinnendes Wesen so recht eindringlich zur Geltung bringen. Auch seine von Natur aus beschreibenden, aber sehr sympathischen und weich timbrierten Stimmittel wußte der Benefiziant sehr geschmackvoll anzuwenden. Dies sind zwar alles Vorzüge, die wir schon des öfteren an Viktor Lauter zu loben Gelegenheit fanden; die aber an seinem Ehrentag nochmals anerkannter hervorgehoben werden sollen. Daß auch das Publikum Lauters Witten dankbar anzuerkennen weiß, bewies das gut besetzte Haus und der begeisterte Applaus. Der geräumige Saal war so gut wie ausverkauft und schon beim ersten Auftritt wurde der Künstler mit tosendem Beifall und einem Tusch des Orchesters empfangen. Von Szene zu Szene, von Akt zu Akt steigerte sich der Beifall, bis er nach dem 2. Akt als gewaltiger Sturm den Höhepunkt erreichte. Betrachtlich war die Zahl der Blumen- und praktischen Angebinde. Kränze, Körbe, Strauße und vom Schnürboden herab ein Regen blühender Rosen legten Zeugnis von der allgemeinen Beliebtheit Lauters ab. Sogar von blühenden und „verblühten“ Damenhänden wurde der Gefeierte vom Zuschauerraum aus mit losen Blüten bombardiert. Und diese unerwarteten Blumenregene erwiderte Lauter durch Blumenfallen, die er seinerseits ins Publikum schleuderte. Es war also dieser Abend ein richtiger „Ehren“abend für Viktor Lauter, der von hoffentlich, neben den dufenden Dankesbezeugungen,

Die Ferienpaziergänge.

welche unter Leitung der neugeschaffenen Kinderbeschulungskommission ausgeführt werden, erfreuen sich einer fortgesetzten steigenden Teilnahme seitens der Kinder. Während man z. B. bei den ersten Ausflügen kaum 400 zählen konnte, ist jetzt die Teilnehmerzahl auf nahezu 900 gestiegen (Süd-, Ost- und Mittelstadt 476, Weststadt 120 und Mühlburg 280 Kinder). Diese Frequenz dürfte die Notwendigkeit dieser Einrichtung am besten beweisen, ist doch den Kindern hierdurch Gelegenheit gegeben, wenigstens zweimal in der Woche dem Großstadtdröckchen zu entkommen und unter zuverlässiger Führung und Aufsicht hinauszuziehen in die freie schöne Natur, um bei munterem Spiel in Lachen und Scherzen, im Wald oder auf einer Spielwiese einen Teil der Ferienzeit, die doch jedes Kindes Erholungszeit sein soll, zu verbringen. Einen besonderen Reiz erhalten diese Ausflüge für die Kleinen noch dadurch, daß ihnen jeweils ein Umkleeschiff verabreicht wird. Es ist wirklich eine Freude zu sehen, wie sie mit leuchtenden Augen dieses Wesper verzehren.

Die Aussicht einer so großen Anzahl Kinder bedarf natürlich einer guten Umsicht seitens der aufsichtsführenden Frauen. (Unbeteiligte Frauen mögen sich nicht in die Spiele usw. einmischen). Um dieselben den Kleinen besser kenntlich zu machen, tragen sie weiße Armbänder mit der Aufschrift „Kinderbeschulungskommission“. Ebenso erhalten die Kinder jedes Bezirks beim Sammelplatz kleine Bändchen in verschiedenen Farben, um den Frauen die Orientierung über die ihnen anvertrauten Kinder zu erleichtern.

Die Eltern werden nun gebeten, ihre Kinder rechtzeitig auf die Sammelplätze zu schicken und sie zu ermahnen, bis zum gemeinsamen Heimmarsch, der um 6 Uhr angetreten wird, auf dem Spielplatz zu bleiben, da andernfalls eine Kontrolle unmöglich und die Frauen jede Verantwortung für die Dabongelaufenen ablehnen müssen. Ferner wolle den Kindern eingeprägt werden, daß sie den Anordnungen der mit Armbänder versehenen Frauen unbedingt Folge leisten mögen, um ihnen ihre feineswegs leichte Arbeit nicht unnötigerweise zu erschweren. Geschieht dies, so werden die Ferienausflüge auch in Zukunft harmonisch und zum Besten der Kinder und Eltern verlaufen.

Heute nachmittag 2 Uhr findet nun der sechste dieser Ausflüge statt und zwar ist diesmal zur Abwechslung das Ziel der Hardtwald. Die Kinder sammeln sich wieder an den bekannten Plätzen. Treffpunkt der einzelnen Gruppen beim Lindenheimer Tor.

An Spenden gingen weiter ein: Vom Deutschen Metallarbeiterverband 20 Mk., vom Deutschen Holzarbeiterverband 20 Mk., von Herrn Dr. R. Knittel 10 Mk., von Frau F. 1 Mk., bisher quittiert 194.45 Mk., zusammen 245.45 Mk. Weitere Gaben werden dankend entgegengenommen.

J. A. der Kinderbeschulungskommission:

Frau A. Fischer, Morgenstraße 24, 2. Stod.

Ost- und Südstadt.

Die Mitglieder der Agitations-Komitees der Ost- und Südstadt sowie die Straßenobleute der betr. Bezirke werden auf Mittwoch, den 27. August, in „Auerhahn“, Schützenstraße 58, zu einer Besprechung freundlichst eingeladen.

Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe.

Die nächste Parteiversammlung findet am Mittwoch, den 3. September, im „Auerhahn“ statt.

Handelsverehr mit dem Auslande. Das Auswärtige Amt hat alle wichtigeren deutschen Konsulate im Auslande mit dem von der Firma Carlomag u. Co. in Hamburg herausgegebenen deutschen Telegrammschlüssel „Carlomag-Code“ ausgerüstet. Da diese Einrichtung für die nach dem Auslande arbeitende deutsche Industrie und Kaufmannschaft von erheblichem Nutzen sein wird, seien die am Außenhandel beteiligten Firmen hierauf hingewiesen. Der Code ist auch in der Karlsruher Handelskammer vorhanden und steht Interessenten bei Bedarf zur Verfügung.

* **Auf der Stadt, Straßensbahn** wurden im Monat Juli im ganzen 1 394 196 (1912: 1 268 255) Personen befördert. Die Einnahmen beliefen sich auf 120 546 Mk. (109 229 Mk.). Die Zahl der abgefahrenen Wagenkilometer betrug 314 335 (269 446).

* **Diebstahl.** Ein Unbekannter drang am Samstag nachmittag zwischen 1 und 3 Uhr in die im Stadgäßchen im Vorort Mühlpuer gelegene Wohnung eines Landwirts ein, während die Bewohner abwesend waren, und stahl eine silberne Herrenremonteuruhr mit der Fabr.-Nummer 19 428, mehrere Uhrketten, 1 Kaffermesser, 1 goldenen Perrenring mit rotem Stein, 2 Rembrandt usw. Beschreibung des der Tat verdächtigen Verurtheilten: etwa 20 Jahre alt, 1,75 Meter groß, schlank, blonde Haare, bartlos, blaues rundes Gesicht, grauer Zoppenanzug, blaue Automütze, schlapper Gang, hint am linken Fuße.

auch den gewünschten Erfolg in „flingender Münze“ eingebracht haben mag. Wie nicht anders zu erwarten war, gab dieses Benefiz unserer wohlherzigen, tugendstrenge „Dämchen“ der besten Gesellschaftsklasse — (wie es ja nicht anders zu erwarten war) — wieder Gelegenheit auf dem schillerigen Parkett ihrer „angeborenen“ vielgerühmten Sittsamkeit auszuweisen und in den Augen der Vorurteillosen eine höchst zweifelhafte und blamable Rolle zu spielen. Widerlich war der Anblick, Sektantinnen und alte Sch-wärmerinnen in einem der hygienischen Vermeidung nahe verwandten Zustand, ihre Gesellschafts- und Mädchenwürde blindlings preisgebend, den Abgott ihrer heimlichen Wünsche und Träume mit Rosen beweihe und, aller guten Sitte bar, sich wie forschende Kinder um die ihnen angeworbenen Blumen sich streiten zu sehen! Niemand wird doch behaupten wollen, daß dieses Gebaren der „höheren“ Töchter die höchste Ausdrucksform wahrer Kunstverehrung und sachlicher Kunstnennerschaft ist. Der wahre Kunstfreund erbaut oder erfreut sich an der Leistung des Künstlers, nimmt dem Eindruck der künstlerischen Genüsse mit nach Haus und lobt hierfür den Künstler mit Beifall, eventuell am Ehrenabend mit Blumen.

Der Persönlichkeitskultus, so wie ihn ein großer Teil unserer Damenwelt gegenwärtig ausübt, entpringt meistens jedoch zweifelhafte, wenn nicht ungesund Motiven. Selbst Mütter sehen lachend dem Treiben ihrer Töchterchen zu und wissen diese harmlosen Scherze damit zu entschuldigen, daß es eben noch ein „Kind“ sei. Ist das so bestimmt? — Kennen die Mütter so genau die Psyche ihrer zum Weib heranwachsenden „Kinder“? — Darum wäre es zu empfehlen, daß man dieser Art von Kunst (?) Verehrung der Mädchen und Töchter seitens der Verantwortlichen etwas energischer entgegentritt, damit sie nicht in Verlogenheit kommen vor dreier Öffentlichkeit ihre Schamhaftigkeit abstreifen zu müssen, wenn sie ihren „harmlosen“ Neigungen ungezügelt fröhnen wollen.

W. Sch.

* **Die Babesüge** verkehren von heute an wieder regelmäßig und zwar Karlsruhe ab 11.12 vorm., Wray ab 12.34 vorm., Karlsruhe ab 5.04 nachm., Wray ab 7.26 nachm.

Unfall. Auf dem Plaze der alten Dragonerlaserne kam gestern abend gegen 11 Uhr die Ehefrau eines Waffelbäckers aus Ladenburg zu Fall; sie zog sich eine schwere Verletzung am Arme zu und mußte mit dem Krankenauto ins städt. Krankenhaus verbracht werden.

* **Ein Mafiater.** Als dem Tagelöhner Emil Reinhardt vom Schöffengericht Forzheim wegen Mißhandlung seiner schwangeren Frau das Urteil mit 2 Monaten Gefängnis verhängt wurde, ergriff er einen in nächster Nähe stehenden Stuhl und schlug ihn derart auf das Kinn der Verteidiger, daß er in Stücke ging. Mit Mühe gelang es mehreren Schöpleuten, den als gewalttätigen Menschen bekannten Reinhardt so weit zu bändigen, daß das Urteil zu Ende verlesen werden konnte. Natürlich erhielt der rasende Mensch eine entsprechende Zusatzastrafe.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

* **Metropol-Kino und Lichtspiele.** Mit einem sehr anerkennenswerten Programm traten obige Kinos wieder vor das Publikum. Da ist zuerst das große Drama aus dem Theaterleben „Wer ist der Täter?“ sowie der Einakter „Das Weisenkind“, beides recht zugkräftige Nummern. Interessante Bilder bringen „Die französischen Plattenmänner“, für den nötigen Humor sorgen sodann „Amor siegt“, sowie „Gaben Sie nichts zu verzollen?“, während die Metropol- und Lichtspielwoche dem Programm einen schönen Abschluß gibt.

* **Fußballspiel.** Auch der geistige Sonntag brachte zwei interessante Wettspiele. „Phönix“ spielte gegen die bekannte Fußball-Mannschaft und konnte das Spiel, trotzdem die Gäste bald mit 2:0 Toren führten, mit 4:3 Toren gewinnen. Nicht nur das Resultat jedoch, sondern der ganze Spielverlauf zeigte die „Phönix“-Mannschaft von ihrer besten Seite, so daß die einträchtigen Führer einen schweren Stand hatten. — Karlsruhe F. B. spielte gegen den Fußballklub Forzheim und verlor mit 4:5 Toren. Hier zeigten die Gäste ganz entschieden das bessere Spiel und nur mit Aufbietung aller Kräfte gelang es den Einheimischen, eine größere Niederlage zu verhindern. Auch Schiedsrichter und Publikum zeigten sich nicht auf der Höhe, sonst hätte die Aufregung, die sich gegen Schluß des Spieles naturgemäß auch auf die Spieler übertrug, nicht Platz greifen können.

Zur Lage auf dem Balkan.

Rom, 23. Aug. Ein Vertreter des „Giornale d'Italia“ hatte gestern eine Unterredung mit dem russischen Botschafter. Dieser erklärte: Es ist verfehlt, eine militärische Aktion gegen die Türkei anzunehmen. Rußland ist fest entschlossen, dem Londoner Vertrag Achtung zu verschaffen, hat jedoch den aufrichtigen Wunsch, den europäischen Frieden nicht zu stören. Der Botschafter glaubt nicht an eine endgültige Lösung der türkisch-bulgarischen Frage, ob nun Adrianopel der Türkei oder Bulgarien verbleibe. Schwerer noch als die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Türkei und Bulgarien seien diejenigen zwischen den ehemaligen Verbündeten. Besonders der griechisch-bulgarische Streit um Kavalla könne einen großen Umfang annehmen. Auf die Bemerkung des Interviewers, daß die Türkei geneigt sein soll, Bulgarien den Krieg zu erklären, bemerkte der Botschafter: Wenn man in der Türkei dazu entschlossen sei, so würde Rußland seinerseits der Türkei den Krieg erklären. Rußland habe jedoch den guten Willen den Konflikt auf friedlichem Wege zu lösen, aber mit Energie.

Bukarest, 23. Aug. Bei dem Austausch der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages, der am Montag im Ministerium des Aeußern stattfand, wird Rumänien durch den Minister des Aeußern, Majorescu, Griechenland durch den Gesandten Papadimitoupolos, Serbien und Montenegro durch den Gesandten Nikitsch und Bulgarien durch den russischen Geschäftsträger Arsenjew vertreten sein.

Sofia, 23. Aug. Nach amtlicher Mitteilung sind reguläre türkische Truppen in Kirbajli an der Grenze Bulgariens eingezogen. Die dortige Bevölkerung ist voller Schrecken ins Innere des Landes geflohen. Die Regierung hat einen dringenden Protestschritt bei den Großmächten unternommen.

Antimilitaristische Kundgebungen.

Paris, 24. August. Ueber die Ereignisse anlässlich des gestrigen großen Zapfenstreikes liegen folgende Einzelheiten vor: Um 8 1/2 Uhr verließ die Musik des 51. Regiments die Kaserne der Louvresse. Sofort wurde sie mit Pfeifen und Lärmen empfangen. Die Polizei nahm daraufhin drei Verhaftungen vor. In der Rue de Ermetée kam es zu Gefechen. Die Manifestanten hatten sich in verschiedene Gruppen geteilt und begannen revolutionäre Lieder zu singen. Den Polizisten gelang es aber, die Ruhe nach kurzer Zeit wieder herzustellen. Der Zapfenstreik wickelte sich nun bei vollkommener Ruhe ab. Kaum waren jedoch die Soldaten wieder in die Kaserne eingezogen, als die Manifestanten auf der Straße begannen, die Internationale zu singen. Die Polizei schritt ein und es entstand ein neuer Skandal. Die Demonstranten besetzten verschiedene Cafés und bewarfen von dort aus die Polizisten mit Gläsern und Flaschen. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen. Zu gleicher Zeit entstand im Quartier Belleville ein Kravall. Lärmende Manifestanten löschten die Gaslaternen aus, schlugen Fensterbeschläge ein u. s. w. Erst gegen 11 Uhr gelang es hier, die Ruhe wieder herzustellen.

Paris, 24. Aug. Excelsior meldet aus Konstantinopel: Trotz aller friedlicher Versicherungen der Konstantinopeler Regierung bestätigt es sich, daß türkische Truppen in Kirbajli eingetroffen sind. Man schließt daraus, daß die Pforte keine Autorität mehr über die Truppen besitzt und daß Enver Bey diese zwingen will, sich seinen Plänen zu fügen. Die Lage sei also als wenig beruhigend anzusehen, trotzdem der Frage von Adrianopel von den Mächten der internationale Charakter genommen wurde und diese als rein bulgarisch-türkische Angelegenheit betrachtet wird.

Der Streit um Adrianopel.

Sofia, 23. August. Die „Ag. Bulg.“ meldet: Die Nachricht aus Konstantinopel, daß zwischen der Türkei und Bulgarien direkte Verhandlungen betreffend Adrianopels eingeleitet worden seien, ist irrtümlich. Bulgarien ist der Anschauung, daß die Frage betreffend Adrianopels durch den Londoner Frieden endgültig geregelt worden ist und kann daher in direkte Verhandlungen mit der Pforte nicht eintreten.

Paris, 23. August. Der „Matin“ veröffentlicht eine Nachricht aus Konstantinopel über Adrianopel, der zufolge man dort überzeugt ist, daß die Abtretung eines kleinen

Gebietes in der Umgebung von Kirklisse genügen werde, Russland betreffend Bulgariens zufrieden zu stellen.

Paris, 23. August. "Reit Parisien", dessen Beziehungen zu der Regierung bekannt sind, erklärt heute kategorisch, die Türken werden Adrianopel behalten. Das war hier übrigens die Meinung der politischen Kreise schon am ersten Tage, als die Türken nach Adrianopel zurückkehrten.

Paris, 23. Aug. Unter der Überschrift "Eine tatsächliche Lösung schreibt der 'Sigaro'": Die russische Diplomatie hat noch immer den Wunsch, Adrianopel zu Bulgarien zurückzugeben zu sehen, wie es der Londoner Vertrag, den die Türkei angenommen hat, ausdrücklich vorsieht.

erinnere; auf der anderen Seite verteidigte der Arzt Dr. Moses, ein früherer Anhänger der neudemokratischen Gruppe, der zur Sozialdemokratie übergetreten ist, unter starkem Beifall der Frauen den Gebärtsfrei, der allein die Arbeiterklasse in die Höhe führen könne.

Klassenjustiz.

Erfurt, 23. Aug. Das Landgericht hat drei dem Mühlen- und Brauerverband angehörige Arbeiter, die verschuldet hatten, daß ein Arbeitswilliger von einer Malzfabrik in Erfurt entlassen wurde und seither keine Arbeit mehr fand, zu 1100 Mark Schadenersatz an den Arbeitswilligen verurteilt.

Werftarbeiterstreik.

Hamburg, 23. August. In einer gestrigen abgehaltenen Sitzung der Werftarbeiter wurde beschlossen, am nächsten Dienstag die Arbeitsnachweise wieder zu eröffnen, sofern von allen Werftarbeiter Nachrichten vorliegen, daß die Arbeiterorganisationen beschlossen haben, die Arbeit in der von den Arbeitgebern gewünschten Weise wieder aufzunehmen.

Belgische Heeresreform.

Brüssel, 23. August. Die belgische Kammer hat gestern die gesamten Steuerprojekte der Regierung angenommen, die zur Durchführung der Heeresreform notwendig sind.

Friedenskonferenz.

Saag, 23. Aug. In der heutigen Schlussitzung richtete der Friedenskongress an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ein Telegramm, um ihm für seine Haltung gegenüber der Friedensbewegung zu danken.

Zum Streik in Baku.

Baku, 24. Aug. Im Laufe des gestrigen Tages haben 1933 Arbeiter in 21 Kaphalbetrieben die Arbeit wieder aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 1867. Den Fall, daß zwei auf verschiedenen Wahllokalen gewählte Kandidaten miteinander verzwängelt sind, zufällig nicht erhältlich sein sollte.

hat weder die Gemeindeordnung, noch die Gemeindewahlordnung vorausgesehen. Für diesen Fall ist eine gesetzliche Bestimmung nicht vorhanden.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Seinarbeiterverband.) Montag, 25. Aug., abends punkt halb 7 Uhr, Mitgliederversammlung.

Wasserstand des Rheins.

25. August. Schifferinsel 2.48 m, gef. 5 cm, Rehl 3.19 m, gef. 7 cm, Maxau 4.87 m, gef. 10 cm, Mannheim 4.18 m, gef. 12 cm.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Geschäftliches.

"Sie sehen glänzen aus!" Es dürfte wenig Menschen geben, die sich durch diese Bemerkung nicht äußerst angenehm berührt fühlen. Solche blühend Aussehenden werden von ihren Bewunderern oft heimlich beneidet, zumal wenn letztere schwächlich, nervös, blutarm oder gar lungenleidend sind.

Letzte Nachrichten.

Reichstagsersatzwahlen.

Ragnit, 24. Aug. Gesamtergebnis der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Ragnit-Pillkallen. Es wurden abgegeben für Gottschalk (kons.) 9452 Stimmen, für Wenzel (nationalliberal) 5983 Stimmen und für Hofer (Sozialdemokrat) 3241 Stimmen.

Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1912 erhielten die Konservativen 10082, die Nationalliberalen 6216 und die Sozialdemokraten 2864 Stimmen.

Dresden, 23. August. Die Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen sozialdemokratischen Abg. Raden in Dresden-Neustadt ist auf den 10. Oktober anberaumt worden.

Das neue Stempelsteuergesetz.

Berlin, 23. Aug. Wie die "Tägliche Rundschau" erzählt, wird Anfang September der 3. Ausschuss des Bundesrats einberufen zur Prüfung und Genehmigung der Ausführungsbestimmungen, die jetzt im Reichsschatzamt zu dem neuen Stempelsteuergesetz ausgearbeitet werden.

Ein Gebährtreik?

Berlin, 23. Aug. (Priv.-Tel. d. Frankf. Ztg.). Gestern Abend fand eine sozialdemokratische Versammlung in der Neuen Welt statt, die außerordentlich stark besucht war.

Koks-Bestellung.

Das Gaswerk übernimmt die Lieferung von Koks an hiesige Einwohner für die Zeit vom 1. September 1913 bis 31. August 1914.

Auf Wunsch wird der Koks, bei billigster Berechnung der Zuhilfenahme, zugeführt. — Außer Abonnement kostet der Zentner 10 s mehr. — Kleilverkauf zu Tagespreisen — von einem halben Zentner ab — in beiden Werken

Schöne 3-Zimmer-Wohnungen mit hübschem Zubehör in neu hergerichteten Mittelhaus per 1. Oktober zu vermieten. Zu erfragen im Büro Kriegsstraße 26. II., Tel. 2753

Getragene Herren-Anzüge sowie Schuhe, Stiefel, Weisungen laßt man am billigsten in dem An- u. Verkaufsgeschäft von Arnold Schab, Bähringerstraße Nr. 38.

Vergabung von Kanalbauarbeiten.

Die Herstellung von rund 2050 lfdm. Straßenkanälen (gemauerte Kanäle und Steinzeugleitungen) nebst Einlaßanlagen soll vergeben werden.

Städt. Arbeitsamt.

Gesucht: 2860 Herrschaftsbeschlimmen Mädchen, die gut bürgerlich kochen können.

Städt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizinische Bäder. Fichtennadel-Salz (Rappenaauer oder Staassfurter). Mutterlauge u. Schwefel (Thopinol)-Bäder.

Karlsruher Familien-Krankenkasse

(unter staatl. Aufsicht) gewährt Arzt, Apotheke usw. freie Arztwahl. 1113 Prospekt sind erhältlich in den Filialen:

hochmod., mit Figur, Kleid, Jacken sowie ein Sad Federn billig zu verkaufen. Zu erf. Durlacherstr. 13, 2. Et.

Die Inhaber der im Monat Januar 1913 unter Nr. 1 bis mit Nr. 2530 ausgestellten bezw. erneuerten Pfandcheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 5. September 1913 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen.

Die billigste Quelle zum Einkauf getragener u. neuer Kleider, Schuhe und Möbel nur bei F. Glöser, Karlsruhe, Markgrafenstr. 8, 386

Einzel-Möbel aller Art, sowie ganzz. Haushaltungen werden fortwährend zu jeder Zeit zu hohen Preisen angekauft.

Mein Geschäft befindet sich jetzt:

Kaiserstrasse 241a

zwischen Hirsch- und Leopoldstrasse

Teleph. 2187

Marx Gutmann

Karlsruhe

Eisen- und Holzwaren.

Todes-Anzeige.
Tieferschüttert teilen wir Freunden und Bekannten mit, dass unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester

Marie

nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden im Alter von 22 Jahren heute in ein besseres Jenseits abgerufen wurde.

Karlsruhe, den 23. August 1913.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Andreas Schneider **Frieda Schneider**
Marie Schneider, geb. Ritter **Fritz Schneider**

Die Beerdigung findet Montag, den 25. August, nachmittags 1/3 Uhr, von der Friedhofskappelle aus statt. — Trauerhaus: Kaiserstrasse 17. 2912

Von der Reise zurück!

Dr. O. Schwidop
Nasen-, Rachen- und Ohrenarzt
Kaiserstraße 164 :: Telephon 1889.

Sichere Gewähr für reelle Bedienung und volles Gewicht

bieten der geehrten Karlsruher Einwohnerschaft die Mitglieder der

KOLA

Einkaufsgenossenschaft
Karlsruher Kolonialwarenhändler
e. G. m. b. H. 47

Durch gemeinsamen Einkauf sind deren Mitglieder in der Lage, stets erstklassige Lebensmittel zu billigsten Preisen zu verkaufen.

Mitglied des Rabattparvereins. Geschäfte durch Plakate erkannt.

Sieh'sch. Hannesle, des isch der KAISERHOF



Do gehn mir' nei, wo schon unser GROSSVATTER immer 'neigange isch!

Dort isch alles gut und billig.

Wilhelm Liegler
Karlsruhe, Marktplatz

Verlangen Sie, bitte, ein Probeheft!

Zum Verständnis des modernen kulturellen und politischen Lebens unentbehrlich ist die Lektüre der (alle 2 Wochen erscheinenden) Zeitschrift

„Sozialistische Monatshefte“

Herausgeber **Dr. J. Bloch**
Preis pro Quartal (6-7 Hefte) 3 Mk., Einzelheft 50 Pfg.

Die Sozialistischen Monatshefte erscheinen trotz ihres Namens seit ihrem 14. Jahr alle 2 Wochen. Durch diese Erscheinungsweise sind sie, wie die Erfahrung bewiesen hat, noch in erhöhtem Mass instand gesetzt, ihren Aufgaben zu genügen. Die Sozialistischen Monatshefte sind stets bestrebt, die Stellung, die sie sich in unserem öffentlichen Leben errungen haben, durch ihre gewohnten Darbietungen, die die Aktualität des Tages in die Sphäre wissenschaftlicher Vertiefung zu rücken suchen, und durch ständige Erweiterung ihres Inhalts zu behaupten und zu befestigen.

Die Sozialistischen Monatshefte sind die einzige deutsche Zeitschrift, die eine systematisch gegliederte Rundschau über öffentliches Leben, Wissenschaft, Kunst und Kultur bringt. Einem jeden wird dadurch eine fortlaufende Orientierung über die einzelnen Gebiete ermöglicht. Die einzelnen Rubriken (27 an der Zahl) werden von Fachleuten bearbeitet. Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkstreuend“
Karlsruhe, Luisenstrasse 24.

Alle 14 Tage ein Heft

Zahn-Atelier
Heinrich Bohner
Künstliche Zähne, Plombieren
Schmerzloses Zahnziehen. ::
DURLACH, Leopoldstrasse 3
vis à vis der Kaserne. 1846

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 21. August: Johann Karant von Garnitau, Wigwackmeister hier, mit Amalie Störzinger von Bruchsal. Friedr. Schmidt von hier, Wirt in Börtz, mit Anna Kaucher Wwe. von Konstanz. Anton Müller von Ralsch, Zuschneider hier, mit Magdalena Kreidler von Heidelberg.

Geburten vom 19. u. 20. August: Hans Harald Viktor Alfred B. Knut von Steuben, Oberleutnant. Maria Klara, B. Oswald Hauler, Wädr. Marika Elisabeth und Gertrud Katharina, Zwillinge, B. Gustav Diemer, Kaufmann.

Todesfälle vom 20. und 21. August: Theodor Ringado, Militär-Oberpfarrer a. D., Kirchenrat, Witwer, alt 79 Jahre. Friedrich Kaul, Schlosser, Ehemann, alt 63 Jahre.

Am 21. August 1913, nachmittags zwischen 5 und 5 1/2 Uhr, hat der nachstehend beschriebene Unbekannte die in Zengelmann's Stoffgeschäft, Werderstrasse 43 in Karlsruhe bedienstete Verkäuferin in diesem Geschäft überfallen, zu Boden geworfen, gewürgt und aus der Ladentasse etwa 25 Mark, bestehend aus einem 10-Markstück, das übrige in Silber, gestohlen.

Beschreibung des Täters:
30 bis 35 Jahre alt, mittelgroß, mittlere Statur, hat längliches Gesicht, gesundes Aussehen, blonde Haare und ebenförmigen, mittelstarken Schnurrbart, scharfen Blick, trägt dunkeln Joppenanzug, schwarzen steifen Filzhut und spricht hiesigen Dialekt.

Ich erlaube um sachdienliche Mitteilungen zur Ermittlung des Täters.

Der Großh. Staatsanwalt II.

Sommer-Theater. Wohnungen zu vermieten.

Direktion Fr. Grünwald.

Montag, den 25. August, abends 6 1/2 Uhr: 2915
Fremden- und Familienvorstellung.
Auf vielseitigen Wunsch.
Zum letzten Male.

Hohheit tanzt Walzer.
Regie: Fritz Hande.
Dirigent:
Kapellmeister Walter Biegert.

3 Zimmer.
Essenweinstraße 37, S. II, 1. Ott.
Zu erfragen: Hinterhaus, 8. Stod.
Balanenstraße 7, neu hergerichtet, auf sofort. Näheres daselbst.
Strichstraße 18, auf 1. Oktober.
Näheres 1. Stod.
Kaiser-Allee 109 II. Anzufragen von 8-2 Uhr.
Leopoldstraße 14, part. 1. Ottbr. Anzul. b. 10 Uhr ab. Näh. 2. St.
Wolffstraße 137 (450 M. jährl.), 1. Ott. Näh. Poststr. 23.
Rintheimerstraße 9, per 1. Oktbr. Zu erfr. Wilhelmstraße 57.
Rintheimerstr. 26, wegen Verleth., auf 1. Oktbr. Näheres daselbst.
Sternbergstr. 5, per 1. Okt. ab. Näh. im 3. St. r. b. Vausbad.
Sternbergstraße 8, auf 1. Oktober. Näheres parterre.
Weidenstraße 2, St., auf 1. Okt. Näh. Lullastr. 74, b. St., links.
Weidenstraße 5 (Dachwohn.) auf 1. Okt. Näh. Weidenstr. 7, 5. Bohnung im Seitenb., auf 1. Okt. Näh. Akademiestr. 29, p.

2 Zimmer.
Durlacherstraße 67, Mansardenwohnung, auf 1. September.
Ettlingerstraße 59 IV, auf 1. Okt. Zu erfr. Ettlingerstr. 59, part.
Humboldtstraße 25 I, L, auf 1. Okt. Näh. Steinstr. 27 im Vausbad.
Kaiserstraße 40, auf 1. Oktbr. Zu erfragen daselbst im 3. St.
Rintheimerstr. 5, a. 1. Ott. Näh. 2. St. od. Margrafenstr. 41 II.
Schützenstraße 66, 1. St. od. 1. September. Näh. im 3. Stod.
Waldstraße 23. Näheres im Laden daselbst.
Waldstraße 35, Seitenb. II, auf 1. Okt. Näh. Vorberch, 2. Stod.
Fähringerstraße 60 b, 4. Stod. 1. Ott. Näh. Karlstr. 65, Kont.
Fähringerstraße 76, 4. Stod. auf 1. Oktbr. Zu erfr. im Laden.
Wohnung, 4. St., per sofort oder 1. Okt. Näh. Bachstr. 36, part.
Weststadt, 4. St., per 1. Okt. 1. Ott. Näh. Bachstraße 36, parterre.

1 Zimmer.
Erbspringenstr. 36, 5. St., an einz. Berl., 1. St. od. spätr. 14. Jollystr. 12, 5. St., 1. St. od. spätr. Näh. das. od. Müppurstr. 1411.
Margrafenstr. 5 auf 1. Oktober. Zu erfr. Vorberch, 2. Stod.
Wolffstr. 137, per 1. Okt. spätr. Näh. Poststraße 23.
Schützenstraße 26, auf sofort oder spätr. Zu erfr. im 3. Stod.

Aufschlag-Eier
gut durchleuchtete
10 Stück 28 Pfg.
20 Stück 54 Pfg.

Bruch-Eier
10 Stück 40 Pfg.
(Geschirr mitbringen)

Fuchs, Fähringerstr. 30.

Bündelholz
große, trockene Bündel,
100 Stück 10.- M.
50 5.50
25 3.-

Joh. Kottler, Holzhandlung,
Marienstr. 60, Teleph. 3222.

Montag bis Samstag:

Grosse Schürzen-Woche

enorm billige Preise!

Hermann Tietz.

Brennholz
vorzügliches Hartholz
kleingesägt, per Zentner
1 Mark ab Fabrikhof
fortwährend zu haben
Bei Mehrabnahme
Preisermäßigung.
Südd. Furnierfabrik
Werderstr. 7/9.
Telephon 1617.

Haben Sie leere Säcke?
Zahle dafür höchste Preise.
Fordern Sie bitte Preisliste von
B. S. Rau, Dortmund,
Saarbrückerstraße 53

2907

Kaufgabe
vacuuspr
35 3; a

Herr
Sozialp
luftszü
nicht me
Leipzig
tag voll
Zwischen
wirte un
dort ein
gefeiert

Der
Sandwin
drei gro
tät in a
nalen M
Schuß d
mindest
listischer

Das
jondern
Krieg er
keit. D
des neu
an deut
lehre",
Reichsa
das je
Unsturz
beamten
Denunzi
gentlich
gegen h
dungen
neuen U

Ueber
eine Re
Fällen e
sen wor
liegen, d
mohin d
reaktion
aller rec
Stärke l
stehende
zuziehen
dem "B
Korresp

In d
in eigen
den Be
"Mögen
sich ganz
gust des
werden."
Ausbeut
erklären
praktisch
traggebe

halten
Breit
Arbeits
des M
abgeme
a u s r
das die
erhalte
die Sc
ein Er

Das
Internat
herstellen
Terror e
gefichert
Arbeit fi
angemess
gemeinen
sind das
Friedhe
sich die
nehmer
im Nam
lung un
teuert d
benshalt
zahlen, i
nissen a
"Säus
Die
zu Bode
ihren gu
beuterin